

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 8. April. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allernädigst geruht: Dem praktischen Arzt Dr. Frick zu Burg den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen; ferner dem Königlichen Stallmeister Gebhard II. zu Berlin die Erlaubnis zur Anlegung des von den Königlichen Niederlande Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des Großherzoglich luxemburgischen Ordens der Eichen-Krone zu ertheilen.

Der Königliche Bau-Inspектор Ferne zu Nikolaiken ist auf seinen Antrag in die Kreisbaumeister-Stelle zu Ansterburg versetzt worden.

An der Realschule zu Brandenburg ist die Anstellung des Lehrers Goldbeck als Kollaborator genehmigt; und am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Posen sind der Dr. Heine und der Schulamts-Kandidat Schäfer als Ordentliche Lehrer angestellt worden.

Se. Königliche Hoheit der Prinz von Wasa ist am 5. d. nach Wien abgereist.

Angekommen: Der Kommerherr und General-Intendant der Königlichen Schauspiele, von Hülzen, von Dresden.

Nr. 85 des St. Anz's enthält Seitens des k. Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten eine Bekanntmachung vom 4. April 1860, betr. die Einrichtung einer Telegraphen-Station in Kreuznach mit beschränktem Dienst; ferner Seitens des k. Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten einen Birkular-Erlaß vom 19. März 1860, betr. die Fortbildung der evangelischen Kirchenverfassung in den östlichen Provinzen.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, Montag 9. April Vormittag. Die heutige "Times" theilt mit, daß der außerordentliche Gesandte der Schweiz, Delarive, in London eingetroffen sei. Derselbe hat den Auftrag, den Zusammentritt eines Kongresses zu erwirken. Indem die "Times" der Haltung Preußens volle Gerechtigkeit widerfahren läßt, meint sie, England werde gegen den Zusammentritt des Kongresses keinen Einwand erheben.

Paris, Montag 9. April. Die "Patrie" und das "Paris" haben Seitens der Regierung einen Berweis wegen beklagenswerther Beschuldigungen gegen eine benachbarte Macht erhalten, indem sie gefagt, England ermuthige den Aufstand auf Sicilien und in Spanien.

Bern, Montag 9. April. Sicher Vernehmen nach hätte Herr v. Thoubenel dem Gesandten der Schweiz, Dr. Stern erklärt, Frankreich werde nicht eher in eine Konferenz willigen, als bis die Besitzergreifung Savoyens erfolgt sei.

(Eingegangen 10. April 8 Uhr Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. [Berlin, 9. April. [Vom Hofe; Jubiläum.] Die aus Potsdam über das Befinden unseres Königs hier zirkulirenden Nachrichten lauten keineswegs günstig. Der hohe Patient hat, wie auch amtlich gemeldet worden ist, wegen eines starken Hustens einige Tage das Zimmer hüten müssen, macht jedoch schon wieder seine gewöhnlichen Spazierfahrten. Ich hatte Gelegenheit, ihn zu sehen, allerdings nur flüchtig, aber ich fand ihn sehr verändert und, wie es mir schien, theilnahmlos für das, was um ihn her vorging. Sein Kopf lehnte sich auf die Seite. — Die Königin wohnte an beiden Festtagen dem Gottesdienste in der Friedenskirche zu Potsdam bei; mit ihr erschienen am ersten Festtage im Gotteshause der Prinz und die Frau Prinzessin Friedrich Karl und heute befand sich in der Begleitung der Königin auch die Prinzessin Alexandrine, die Morgens 8 Uhr nach Schloß Sans-Souci gefahren war und erst Abends mit dem letzten Zuge wieder hierher zurückkehrte. — Am gestrigen Tage hörten der Prinz-Regent mit sämtlichen Prinzen und Prinzessinnen die Predigt im Dome; mit Prinz Albrecht (Sohn) und die Prinzessin Alexandrine waren in der Matthäikirche; auch heute war der ganze Hof wieder im Dome. Gestern Mittag fuhren der Prinz-Regent und die Frau Prinzessin von Preußen nach Potsdam, statteten der Königin im Schloß Sans-Souci einen Besuch ab und kehrten darauf wieder hierher zurück. Die Familientafel war gestern beim Prinzen und der Prinzessin Friedrich Wilhelm und heute im Palais des Prinz-Regenten. An beiden Tagen hat sich der Prinz-Regent vortragen lassen und mit den Ministern v. Auerswald und v. Schleißheim konferirt. Beide Minister hatten auch gestern Abend die Ehre, zur Theatgesellschaft geladen zu werden, die gestern Abend, nach dem Schluss des Theaters, beim Prinz-Regenten stattfand. — Der Fürst von Hohenzollern wird morgen Abend von Düsseldorf zurückkehren. In den nächsten Tagen soll im Palais des Prinz-Regenten ein Konzil abgehalten werden. — Der Prinz August von Württemberg hat sich heute früh, von dem Landstiftsmeister v. Schönfeld begleitet, zur Schneisenjagd nach Burgsdorf begeben, wird aber morgen von dort hierher zurückkehren, da die Truppenbefestigungen nunmehr beginnen. — Heute beginnt der Geh. Regierungsrath Borch im Hofmarschallamt des Prinz-Regenten sein 50jähriges Amts jubiläum. Der Jubilar, jetzt etwa 69 Jahre alt, empfing an seinem Ehrentage die schönsten Beweise der Liebe und Anhänglichkeit aus allen Kreisen, und zwar nahm die Begegnung am Morgen 8 Uhr ihren Anfang und dauerte bis zum Abend. Große Freude hat dem Jubilar die Anerkennung gemacht, durch die der Hof und namentlich sein hoher Gebieter ihn ausgezeichnet hat; derselbe erschien zwar nicht persönlich, aber er schickte ihm mit einem fuldvollen Handschreiben einen Orden in Brillanten; der Prinz Friedrich Wilhelm fuhr um 1½ Uhr Mittags selbst vor und brachte ihm persönlich seine Glückwünsche dar. Von allen Seiten

gingen dem Jubilar Geschenke und Adressen zu; auf einer langen Tafel waren sie ausgelegt und bestanden in goldenen Lorbeerkränzen, Pokalen, Albums, kostbar angefertigten Adressen, Gemälden, Porträts &c. Auch Seitens der hiesigen Logen waren ihm wertvolle Geschenke durch deren ersten Würdenträger zugegangen. Unter den Gratulanten bemerkte ich heute den Grafen Redern, den General Grafen v. Nocht, den General v. Maltzschewski, den General-Postdirektor Schmückert, den General-Direktor der Museen, v. Olfers, die Adjutanten des Prinz-Regenten, die Hofdamen der Prinzessin von Preußen &c.

[Die Einrichtung von Gemeindelkirchenräthen.] Auf Anweisung des Evangelischen Oberkirchenrathes haben die k. Konistorien zu Berlin, Magdeburg, Breslau, Stettin und Posen an und für die Superintendenten ihrer Verwaltungskreise folgende Instruktion, betreffend die Einrichtung von Gemeindelkirchenräthen, erlassen:

1) Die Einführung von Gemeindelkirchenräthen soll nach Vorschrift der Nr. 1 der Allerhöchsten Ordre vom 27. Febr. 1860 stattfinden in allen evangelischen Gemeinden, in welchen ein für die inneren und äußeren Angelegenheiten derselben bestellter Gemeindeforstand (Presbyterium, Gemeindelkirchenrat) nicht besteht. Hierauf verbleibt es a) in denjenigen deutsch-reformirten Gemeinden, in welchen die Presbyterialordnung vom Jahre 1713 in anerkannter Geltung und Uebung besteht, b) in denjenigen französisch-reformirten Gemeinden, in welchen ein nach Vorschrift der Discipline des eglios reformé de France gebildetes Consistoire oder Presbyterium eingerichtet ist, c) in denjenigen Gemeinden, in welchen die Grundzüge einer kirchlichen Gemeindeordnung vom 29. Juni 1850 eingeführt sind, d) so wie endlich in denjenigen Gemeinden, in welchen sonst durch kirchliche Verfassung eine für die Interna und Externa der kirchlichen Gemeinde bestelltes Kirchenkollegium, Presbyterium, Repräsentantenkollegium, oder welchen Namen das Kollegium sonst führen mag, unter dem Vorsteher des Pfarrers besteht, bis auf Weiteres lediglich bei der bestehenden Verfassung. Dasselbe gilt von den Militär- und Amtsgemeinden, von welchen die ersteren in der Militärkirchenordnung vom 12. Febr. 1832 ihre Verfassung haben, letztere ihrer Besitzhaftigkeit nach zu einer Organisation nach Vorschrift der Allerhöchsten Ordre vom 27. Febr. 1860 nicht befähigt sind. Der Superintendent hat anzugeben, welche Gemeinden der vorstehenden Kategorien in seiner Diözese bestehen. 2) In Anhängen aller übrigen evangelischen Kirchengemeinden der Diözese hat der Superintendent zunächst sowohl dem Pfarrer, als auch den Patronen einen Abdruck der Allerhöchsten Ordre vom 27. Februar 1860 und der §§. 4, 5, 7, 9, 10 und 11 der Grundzüge vom 29. Juni 1850, sowie der Generalverfügung des Evangelischen Overkirchenrats vom 7. d. Ms. zu übersenden, und den Pfarrer zu beauftragen, den gegenwärtig bestehenden Kirchenvorstand davon in Kenntniß zu setzen. Mit dieser Mittheilung ist die Aufforderung an den Pfarrer und das Erlichen an den Patron zu verbinden, die wegen Ausführung der Allerhöchsten Anordnung erforderlichen Schritte unmittelbar vorzubereiten. Bei den Kirchen landschaftlichen Patronats bedarf es einer besondern Mittheilung an die k. Regierung nicht. Es steht jedoch dem Konistorium im Einvernehmen mit der k. Regierung zu, in geeigneten Fällen am Orte selbst oder in leicht erreichbarer Nähe einen besondern Patronatskommissarius zur Wahrnehmung der dem Patronate reitervierten Gerechtsame zu bestellen, welcher alsdann in gleicher Weise, wie die Privatpatrone bei allen weiteren Schritten mitzuwirken hat. 3) Beabs. Ausführung der Allerhöchsten Ordre in den einzelnen Gemeinden ist erforderlich: a) die Aufstellung einer Liste der wahlberechtigten Haushälter der Gemeinde, nach Vorschrift der §§. 4 und 5 der Grundzüge einer kirchlichen Gemeindeordnung vom 29. Juni 1850, und b) die Aufstellung einer Vorschlagsliste für die zu wählenden Mitglieder des Gemeindelkirchenrats. 4) Die Aufstellung der Haushälterliste liegt dem Pfarrer in Gemeinschaft mit dem Kirchenvorstande ob. Sind mehrere Geistliche bei der Kirche angestellt, so findet diese bei der Aufstellung der Liste mit zuzuziehen. Extrimierte Personen sind als aktiv und passiv wahlberechtigt anzusehen, wenn sie sich durch ausdrückliche Erklärung, unter Verzichtleistung auf die Vorrechte der Cremon, mit allen Pflichten und Rechten eines ordentlichen Mitgliedes der Gemeinde anschließen. 5) In den Städten, in welchen mehrere evangelische Gemeinden bestehen, hat der Superintendent zunächst die sämtlichen Geistlichen und Kirchenvorstände zu einer Konferenz zusammenzuberufen, um mit ihnen die angemessene Art und Weise der Aufstellung der Gemeindelisten zu besprechen. Der Magistrat der Stadt ist einzuladen, dieser Konferenz durch Abgeordnete beizuhören und die Geistlichen und Kirchenvorstände bei Aufstellung der Listen zu unterstützen. 6) Die Gemeindeliste muß innerhalb 4 Wochen nach Empfang der ersten Verfügung des Superintendente oder nach Abhaltung der in §. 5 dieser Instruktion vorgeschriebenen Konferenz aufgestellt werden. 7) Die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Gemeindelkirchenrats ist in der Regel der Zahl der vorhandenen Kirchenvorstände gleichzuziehen; niemals aber gesinger als diese und in keinem Falle unter zwei. Wo die besondern Verhältnisse der Gemeinde eine größere Zahl von gewählten Mitgliedern wünschenswert erscheinen lassen, sind die dafür vorexigenden Gründe dem Superintendente vorzutragen und ist dessen Genehmigung erforderlich. 8) In der Regel wird für jede Gemeindparoche nur ein Gemeindelkirchenrat gebildet. Jedoch soll, wenn die Gemeinde aus mehreren Ortsgemeinden oder aus mehreren vereinigten Mutter- oder Tochtergemeinden besteht, bei Aufstellung der Vorschlagslisten darauf gerücksichtigt werden, daß die verschiedenen Theile der Gemeindparoche in dem Gemeindelkirchenrat ihre Vertretung finden. Befiehlt die Gemeindeparoche aus mehr als drei vereinigten Mutter- oder Tochtergemeinden oder wahlen sonst besondere Umstände ob, welche die Bildung eines gemeinsamen Gemeindelkirchenrats für die Gemeindparoche nicht zuträglich erscheinen lassen, so ist darüber zuvor der Konistorium zu berichten und sind Vorschläge wegen Bildung mehrerer Gemeindelkirchenräthe in der Gemeindparoche zu machen. Jedoch bleibt auch in diesen Fall ein zweites Zulammreten der Gemeindelkirchenräthe der Gemeindparoche zu gemeinsamen Berathungen vorbehalten. 9) Die Qualifikation zur Aufnahme in die Vorschlagsliste ist nach Nr. 2 der Allerhöchsten Ordre vom 27. Februar 1860 zu beurtheilen. Die Vorschlagsliste enthält mindestens doppelt so viele Namen, als die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Gemeindelkirchenrats beträgt. 10) Der Pfarrer hat, in Gemeinschaft mit den übrigen Geistlichen der Kirche, wenn deren mehrere angestellt sind, und mit dem Kirchenvorstande eine solche Vorschlagsliste vorzubereiten. Derselbe hat sich jedoch dabei gleichzeitig an den Patron zu wenden und denselben zu ersuchen, gleich bei dieser ersten Vorbereitung der Vorschlagsliste mit dem Pfarrer und dem Kirchenvorstande in ein gemeinsames Vereinbaren zu treten. Lehnt der Patron dies ab, so bleibt es ihm nur noch vorbehalten, in der Schlusserkenntnis vor dem Superintendente seine etwaigen Einwendungen gegen die Vorschläge des Pfarrers und des Kirchenvorstandes, so wie seine besondern Vorschläge zur Sprache zu bringen. Nach welchen Rücksichten übrigens die Vorschläge in den einzelnen Gemeinden zu bewirken seien, giebt der Zweck der Gemeindeverfassung selbst an die Hand. Die Superintendente werden jedoch, wo sich dazu Gelegenheit darbietet, nicht unterlassen, die Vorschlagen daran zu erinnern, daß begangene Mißgriffe leicht zum Schaden der Gemeinde auf lange Zeit fortwirken oder auch die Entwicklung der Gemeindeverfassung gefährden können, und daß daher eine von Einheitlichkeit freie Uebung des ihnen übertragenen Vorschlagsrechts um so dringender von Ihnen erwartet werden müsse. Auch die dem Pfarrer und dem Kirchenvorstande vorzubereitende Vorschlagsliste muß innerhalb 4 Wochen nach Empfang der ersten Superintendantenverfügung aufgestellt sein. 11) Sobald die Gemeindeliste und die Vorschlagsliste aufgestellt ist, hat der Pfarrer dem Superintendente davon Anzeige zu machen. Der Superintendente setzt alsdann einen naheliegenden Wahltermin zur Feststellung

der beiden Listen innerhalb der Parochie an, zu welchem er außer den Geistlichen der Kirche und den Kirchenvorstern auch den Patron einlädt. 12) Sind mehrere Kompatrone vorhanden, so ist jeder derselben berechtigt, in diesem Termine zu erscheinen. Es steht denselben aber auch frei, sich durch einen Gesamtbevollmächtigten vertreten zu lassen. Steht das Patronat einer Korporation, Anstalt oder Stiftung zu, oder ist der Patron abwesend, so ist ebenfalls eine Vertretung durch einen Bevollmächtigten zulässig. Ersteht von Seiten des Patronats Niemand, so ist der Vermieter mit den Geistlichen und den Kirchenvorstern allein abzuhalten. 13) In diesem Schlußtermine werden, unter dem Vorsitz des Superintendente, die aufgestellten Listen in Gegenwart sämtlicher erschienenen Interessenten durchgegangen, die dagegen etwa zu erhebenden Einwendungen oder zu machenden Ergänzungsvorrichungen geprüft, und darüber, so wie über die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Gemeindelkirchenrats, von dem Superintendente die nötigen Entscheidungen getroffen. 14) Über diese Verhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen, in welchem die Namen der Erschienenen, die etwa erhobenen Einsprüchen und die Entscheidungen des Superintendente aufzugeben sind. Abschrift des Protokolls ist dem Königlichen Konistorium einzureichen. 15) Gegen die Besetzungen des Superintendente ist der Refurs an das Konistorium zulässig. Dieser Refur hat jedoch keinen Suspensiveffekt, vielmehr nehmen die weiteren Einleitungen wegen Einführung der Gemeinde-Kirchenordnung ungehindert ihren Fortgang, vorbehaltlich der von dem Konistorium nachträglich etwa erfolgten Verbilligungen, sofern nicht etwa das Konistorium wegen offenbarer Nichtigkeiten das ganze bisherige Verfahren zu kassieren und eine erneute Aufnahme derselben zu verfügen für nötig befindet. 16) Die Abhaltung des in §. 11 vorgeschriebenen Wahlterminus ist nur in dem Falle entbehrlich, wenn der Pfarrer mit dem Kirchenvorstande über die aufgestellten Listen völlig einverstanden ist und auch von Seiten des Patrons dessen Zustimmung schriftlich erklärt wird. In diesem Falle hat der Superintendente die Listen einzusehen und, sofern er auch seinerseits sein Bedenken findet, d' selben durch schriftlichen Bescheid zu bestätigen. Dieser schriftliche Bescheid hat alsdann dieselbe Kraft und Wirkung, wie eine nach §§. 13, 14 in dem Schlusprotokoll verzeichnete Resolution des Superintendente. 17) Ist innerhalb 4 Wochen nach Erlass der ersten Verfügung des Pfarrers von der Aufstellung der erforderlichen Listen nicht eingegangen, so hat der Superintendente von Amtswegen einen Lokaltermin nach Vorschrift des §. 11 anzubauen und in demselben durch geeignete Weisungen der Sache weiteren Fortgang zu verschaffen. Auch über diese Verhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen und dem Königlichen Konistorium Abschrift einzureichen. 18) Sollten in einem besonderen Falle Gründe erweitern, welche es als ein Bedürfnis erscheinen lassen, an die Stelle der Gemeindewahl nach Nr. 3 der Allerhöchsten Ordre vom 27. Februar 1860 ausnahmsweise die Denomination durch den Superintendente treten zu lassen, so sind diese Gründe in dem Schlus-Protokoll (§. 14) darzulegen und ist bei Einreichung derselben an das Konistorium die vorbehaltene höhere Entscheidung über diese Frage nachzuholen. 19) Nach Feststellung der Gemeindeliste und der Vorschlagsliste ist sofort der Termin zur Abhaltung der Wahl zu bestimmen. Erfolgt diese Feststellung in einem durch den Superintendente abgehaltenen Wahltermin (§. 11), so ist in diesem Termin selbst der Tag der Wahl festzulegen und in dem Protokoll in norwegischer Sprache mit dem schriftlichen Bescheid (§. 16), so ist in diesem Bescheide der Tag der Wahl jogleich zu benennen. 20) Der Tag der Wahl darf nicht unter 4 Wochen, da mit die dreimalige Verkündigung derselben von der Kanzel möglich bleibt, aber auch nicht über 6 Wochen hinaus angezeigt werden. 21) Der Wahltermin wird nach Vorschrift der Verordnung vom 23. Januar 1846 an drei aufeinanderfolgenden Sonntagen von der Kanzel der Gemeindeliste bekannt gemacht. Diese Bekanntmachung muß enthalten: a) den Zweck der Wahl, unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Allerhöchste Ordre vom 27. Februar 1860, b) Tag, Stunde und Ort der Wahl, c) die Bekanntmachung, daß die Liste der wahlberechtigten Gemeindeglieder und die Vorschlagsliste bei dem Pfarrer oder sonst an einem jedem Gemeindegliede zugänglichen Orte offen ausliegt, und d) die Gründung, daß Einsprüche gegen die Qualifikation der Wähler oder der Vorschlagenden, so wie Anträge auf nachträgliche Aufnahme in die Wählerliste, bis spätestens acht Tage vor Abhaltung der Wahl bei dem Pfarrer persönlich oder schriftlich angebracht werden müssen. 22) Die Auslegung der beiden Listen ist auf die in §. 21 angegebene Weise zu bewerkstelligen. Der Pfarrer hat die bei ihm etwa eingehenden Reklamationen zu sammeln und diese Sammlung acht Tage vor dem Wahltermin zu schließen. Als dann geht er dieselben mit den bei der einzelnen Kirche angestellten übrigen Geistlichen und dem Kirchenvorstande durch, und wird das Urteil der Geistlichen und des Kirchenvorstande schriftlich dazu vermerkt. Demnächst legt er diese Urteile dem Patron oder dessen Bevollmächtigten, falls derselbe am Orte oder in nahe erreichbarer Entfernung zugänglich ist, mit dem Abgegebenen vor, sich auch seinerseits darüber zu äußern, und sendet er schließlich die Verhandlungen dem Superintendente zu. Der Superintendente entscheidet auf Grund dieser Vorlagen und verordnet nach Bewandtniß der Umstände die Verbilligung der Listen. 23) Der Pfarrer ist dafür verantwortlich, daß der Superintendente die Reklamationen spätestens 3 Tage vor dem Wahltermin erhält; der Superintendente darf, daß dieselben mit seiner Entscheidung spätestens am Tage vor der Wahl in die Hand des Pfarrers zurückgelangen. Der Wahltermin selbst darf in keinem Falle aufgehoben oder verlegt werden. 24) Die Wahl der Mitglieder des Gemeindelkirchenrats findet in der Regel in der Hauptpfarrkirche der Parochie, unter der Leitung des Superintendente und unter Assistenz des Pfarrers, der Kirchenvorsteher und der Ortsvorsteher, so wie im Beisein des Patrons oder dessen Bevollmächtigten, welche dazu besonders eingeladen werden, statt. Der Superintendente ist jedoch befugt, nach Bewandtniß der Umstände die Leitung der Wahlhandlung auch dem Pfarrer zu übertragen, oder die Ortsvorsteher, den Patron oder dessen Vertreter zu ersuchen, dieselbe zu übernehmen. Demnächst wird die Vorschlagsliste verlesen und die erschienenen Gemeindeglieder werden aufgefordert, die Namen derjenigen, denen sie ihre Stimme geben, zu nennen. Die Gemeindeglieder treten einzeln vor und geben ihre Stimmen ab. Die Namen der Gewählten werden in die Wahlliste bei dem Namen des Wählers durch den Schriftführer eingezzeichnet. 26) Nur die in die Wählerliste eingetragenen Personen sind zur Stimmabgabe berechtigt. Schriftliche Vota werden nicht angenommen. Dagegen sind stimmberechtigte Frauenpersonen befugt, durch schriftliche Vollmacht ein anderes stimmberechtigtes männliches Mitglied der Gemeinde zu beauftragen, ihre Stelle bei der Abstimmung zu vertreten. 27) Haben sämtliche erschienene Gemeindeglieder ihre Stimme abgegeben, so wird die Wahl für geschlossen erklärt. Nachträgliche Stimmen werden alsdann nicht mehr angenommen. Das Ergebniß der Abstimmung wird zusammengestellt und dienten Vorschlagenden, welche die absolute Mehrheit der Stimmen erhalten haben, werden sofort als gewählte Mitglieder des Gemeindelkirchenrats proklamirt. Stimmen, welche auf andere als die in der Vorschlagsliste genannten Personen gefallen sind, werden nicht mitgezählt. 28) Über die Wahlhandlung wird mit Gebet geschlossen. 29) Neben der Wahlprotokoll wird dem Superintendente und durch diesen dem Konistorium eingereicht. Das Konistorium prüft die Legitimität der Einsprüche gegen dieselbe und innerhalb dreier Tage nach Vollzug der Wahl bei dem Konistorium anzubringen. Eine Verhinderung der Wahl und Anordnung einer neuen Wahl ist nur wegen offenbarer wesentlicher Formfehler zulässig. 30) In sehr zahlreichen oder sehr ausgedehnten Gemeinden kann die Wahl auch in mehreren Abtheilungen nach einander vollzogen werden.

Dieses ist alsdann gleich bei der ersten Bekündigung des Wahltermins bekannt zu machen, auch darf die Wahl der ersten und die der letzten Abtheilung nicht länger als spätestens acht Tage ausseindenliegen. Das Resultat der Wahl ergiebt sich in diesem Falle erst aus der Zusammenrechnung der Stimmen aus allen Abtheilungswahlen. 31) Nach vollendet Wahlprüfung ordnet das Konstituuum die namentliche Bekanntmachung der Gewählten vor der Kanzel an. Am nächsten Sonnabend nach dieser Bekanntmachung an die Gemeinde erfolgt die kirchliche Einführung und Verpflichtung der Mitglieder des Gemeindetischenrats durch den Pfarrer. 32) Ueber die den Gemeindetischenräthen zuzuweisenden Verathungsgegenstände und über die besonderen Pflichten der Geistlichen als Vorsitzenden der Gemeindetischenräthe für die Pflege und Förderung dieser Institution bleibt eine besondere Anweisung vorbehalten.

— [Diplomatisehe Verhandlungen mit England.] Die preußische Regierung hat, wie die „R. P. Z.“ hört, eine Depesche an ihren Gesandten in London, Grafen Bernstorff, wegen der im Blaubuche bekanntlich veröffentlichten Depesche des Lord Bloomfield an Lord Russell, eine Unterredung des Erstern mit dem Minister Frhrn. v. Schleinitz betreffend, abgehen lassen. Es wird darin zuvörderst der Inhalt des Gesprächs, wie dasselbe der Lord Bloomfield an Lord Russell berichtet, als ziemlich ungenau und die Deutungen, die an das Gespräch gelüpft werden, als ungerechtfertigt bezeichnet. Außerdem aber befagt sich die preußische Regierung über die Veröffentlichung solcher vertraulichen diplomatischen Unterredungen überhaupt, und sie bedauert, daß dieselbe ihr für die Folge England gegenüber eine größere Zurückhaltung auferlegen, obwohl sie erkennt, daß gerade ein offenes Ausprechen der Stellung beider Mächte zu einander entsprechen möchte. Das Blatt bemerkt dazu, daß der Inhalt der Depesche ihm von unterrichteter Seite in der vorliegenden Weise und mit dem Bemerkung mitgetheilt worden ist, daß die Depesche selbst in wortgetreuer Übersetzung veröffentlicht werden wird.

— [Die karlistische Schilderhebung in Spanien.] In gut unterrichteten Kreisen neigt man hier der Vermuthung zu, daß die französische Politik bei der verunglückten karlistischen Schilderhebung in Spanien die Hand im Spiele habe. Es mag für den ersten Anblick widerstinkig erscheinen, daß man, ganz abgesehen von der Hoffnungslosigkeit des Unternehmens, in den Tuilerien wünschen könne, den legitimen Zweig der Bourbonen in Spanien ans Ruder zu bringen. Doch könnte die französische Politik hierbei ganz andere Zwecke verfolgt haben. Bekanntlich wünscht die Königin Isabella und mit ihr eine am Madrider Hofe mächtige Partei, dem Papste ein spanisches Truppenkorps zur Verfügung zu stellen. Sich dem mit Gewalt zu widerstehen, könnte dem Kabinett der Tuilerien, mit Hinblick auf seine schon sehr getrübten Beziehungen zum heiligen Stuhle, nur höchst unerwünscht sein. Eine Schilderhebung des spanischen Prätendenten, dessen Sachets die Sympathien des Bataillans für sich gehabt hat, dürfte nun leicht Argwohn und Verstimmung in Madrid erregen und die hülfsbereite Theilnahme der Königin Isabella für den Papst abschwächen. Von dieser Auffassung aus würde der oben ausgesprochene Verdacht gegen die französische Politik weniger unwahrscheinlich sein. (R. 3.)

Aachen, 7. April. [Augsburger Blatt.] Die „Aachener Zeitung“ schreibt: Die Augsburger Allgemeine sieht sich vor Kurzem aus Saarlouis schreiben: „Das Gesetz der Dinge, die kommen sollen, geht so weit, daß man auf deutschem Gebiete bereits eine freie Meinungsäußerung über die Maahregeln Louis Napoleons scheut, um nicht früher oder später in Unannehmlichkeiten zu gerathen.“ Hinzugefügt wird dann: „in Aachen wage fast Niemand mehr, sich über Louis Napoleon zu äußern.“ Wir hoffen, durch diese Mittheilung den Lesern, denen die Augsburgerin nicht zu Gesicht gekommen, einen Stoff zum Lachen gegeben zu haben. Aber die Sache hat auch ihre ernste Seite. Das Augsburger Blatt ist zwar durch die „Schwelebande“ in etwas bösen Geschmack gekommen, aber ein Organ, welches das Vorrecht sich annimmt, das deutsche der deutschen zu sein, sollte keiner deutschen Stadt den Vorwurf der Feigheit machen. Man sollte erst zwei Mal nachfragen, ob nicht eine Lüge dahinter stecke. Wie man in Saarlouis denkt, wissen wir nicht, aber wir halten die guten Leute dort für nicht schlimmer als Andere, und über unser Aachen wissen wir Bescheid. Wir haben noch nirgend, an keinem öffentlichen Orte von jener Scheu der Meinungsäußerung verpüren können, im Gegentheil die „Maahregeln Louis Napoleons“ immer mit Namen benennen hören, die keinem Komplimentrbuch entnommen waren. Das braucht man im Nothfalle draußen am Lech nicht zu wissen, aber wenn man seiner Sache nicht sicher ist, muß man auch solche Bemerkungen nicht machen, um wie viel weniger, wenn man es besser wissen kann! Mehr oder weniger werden doch die öffentlichen Blätter die Stimmung und Charakter ihres Kreises widerstrengen, und man könnte in Augsburg wissen, daß in den Blättern Aachens noch keinen Augenblick Anstand genommen wurde, Louis Napoleon und seine Maahregeln bei ihrem rechten Namen zu nennen, ehrlicher, unumwundener, als die Augsburger Allgemeine jetzt gehabt, was seine Gründe hat, da sie, wie ihre Redaktion erklärt hat, nur für Fürsten oder zartfühlende Diplomaten schreibt. Man könnte den Unstum übersehen, aber man muß fragen, was die ganze Erfindung soll. Man ist nicht blöde am Rheine, am allerwenigsten, wenn es sich um den französischen Imperialismus handelt, über und gegen den nur Eine Stimme ist.

Neisse, 7. April. [Ein recht beklagenswerther Unfall] hat sich hier ereignet, der sich, soweit wir hierüber unterrichtet, folgendermaßen zugetragen haben soll. Mehrere Offiziere der hiesigen Garnison hatten nämlich am 3. d. in den Schießständen des 22. Inf. Regts. eine Schießübung veranstaltet, bei der auch unter Andern der hiesige Gerichtsassessor M. mit seiner Gattin und deren Schwester gegenwärtig waren. Die beiden Damen nahmen ebenfalls an der Schießübung Theil und man war heiter. Die Gattin des Hrn. M. erbat sich, als an sie die Reihe zum Schießen kam, das Pistol des Lieutenants S., welches ihr derfelbe geladen darreichte. Die Dame ergreift dasselbe, in demselben Moment aber geht das Pistol los und sie sinkt, durch das Herz getroffen, tot niedrig. Durch welchen unglücklichen Zufall die Entladung des Pistols erfolgte, ist nicht aufzuklären gewesen. (Br. 3.)

Stettin, 7. April. [Explosion.] Gestern früh gegen 7 Uhr explodierte ein Dampfkessel in der Dampfmühle des Herrn J. Bertheim in der Pommersdorfer Anlage. Die Mauer des Kesselhauses ward durchbrochen; eine Thür, Roststäbe u. s. w. wurden fortgeschleudert. Das heiße Wasser verbrühte einen Arbeiter, welcher vor der Thür circa 100 Schritt vom Orte der Explosion beschäftigt war, am Hinterkopf. Sonstige Beschädigungen von Personen kamen nicht vor; ein Arbeiter, welcher neben dem Kessel

stand, kam mit dem Schreck davon. Der Betrieb der Mühle wird durch die Explosion nicht unterbrochen, da noch zwei Dampfkessel vorhanden sind. (Oft. 3.)

Destreich. Wien, 7. April. [Destreich und der deutsche Bund.] Die „Destreichische Zeitung“ läßt sich schreiben, man höre in allen kleindeutschen Zeitungen einen Schmerzenshreib nach Destreich: O hilf! Wir haben nichts davon bemerkt. Nichts könnte auch thörichter sein, als Hölze zu verlangen von dem, der sich selber nicht helfen kann. Sollte Deutschland mitten im Frieden von Frankreich überschlagen werden, wozu augenblicklich noch kein Anschein vorhanden ist, so wird es sich zeigen, ob Destreich nicht den Willen oder nicht das Vermögen haben sollte, seine Bundespflichten zur Vertheidigung der deutschen Grenzen zu erfüllen, wozu Preußen bekanntlich jeden Augenblick bereit gewesen ist. Wir brauchen Destreich wahrlich keine guten Worte zu geben. Abgesehen von seinem Patriotismus, an dem wir nicht zweifeln wollen, hat Destreich auch die stärksten Gründe, in der Erfüllung seiner Bundespflichten nicht sämig zu sein. Denn natürlich wäre es in einem solchen Falle definitiv und für immer und ganz durch sich selbst aus Deutschland ausgeschieden. (R. 3.)

— [Flüchtige Christen aus Bosnien.] Aus Petrinia (an der bosnischen Grenze), 20. März, wird der „Agr. Ztg.“ gemeldet: Seit einiger Zeit konnte man hier fast in jeder Woche ein paarmal bosnische Christen in kleineren Partien durchziehen sehen, welche aus Bosnien flüchtend herüberkamen und von hier aus weiter geschickt wurden, um tiefer im Lande Arbeit und Lebensunterhalt zu finden. Die Züge fielen nicht auf, nachdem man seit Jahren hier solche Gäste zu sehen so ziemlich gewohnt ist. Seit wenigen Tagen jedoch hat sich der Zugzug so bedeutend vermehrt, daß es in diesem Augenblicke von solchen Emigranten in den Straßen wimmelt und die öffentliche Mildthätigkeit fühlbar in Anspruch genommen wird. Gegenwärtig befinden sich hier über 150 Seelen beiderlei Geschlechts und jeden Alters. Ihren Erzählungen nach sind die meisten aus der Novjaner und Kozaracer Nähe. Sie haben ihr Besitzthum verlassen, um den Misshandlungen der Türken zu entgehen. Ein alter Rajah aus Poljana in der Kozaracer Nähe erzählte, daß die Türken zu vierzig bis fünfzig Mann stark bewaffnet in die Christendorfer eindringen und dort Leute, bei welchen sie Geld vermuten, so lange misshandeln, bis sie den leichten Groschen aus ihnen erpreßt haben oder bis der Geschlagene unter dem Stocke sein Leben ausgehauht. An der Grenze bei Kostajnica sollen vermögendere Rajabs Haus, Hof, Hab und Gut im Stiche gelassen haben, um nur ihr nacktes Leben retten zu können. Es wiederholt sich das Spiel der letzverslossenen Jahre und wird, wenn man den Worten der Flüchtlinge Glauben beimesse kann, noch größere Dimensionen annehmen.

— [Realschulen in Galizien.] Die kaiserliche Verordnung vom 18. Februar macht bekanntlich den Realbesitz der Israeliten in Galizien von einer gewissen Schulbildung abhängig. In einem Aufsage der Zeitschrift für die österreichischen Realschulen heißt es hierüber: Wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen. Einem Gelehrten gegenüber, welches die Ausführung eines der wichtigsten bürgerlichen Rechte an die Bedingung einer gewissen Schulbildung knüpft, entspringt notwendig die Verpflichtung, den Erwerb dieser Schulbildung unter allen Umständen auch möglich zu machen. Dazu aber waren und sind bisher in Galizien noch kaum die ersten Ansätze vorhanden. Um hier nur von den Realschulen zu sprechen, so giebt es in beiden Verwaltungsgebieten (Lemberg und Krakau) zusammenommen auf einem Flächenraum von 1420 Quadratmeilen (mit Einschluß der Bufowina 1600 Quadratmeilen) nicht mehr als vierzehn Realschulen und darunter bloß zwei Oberrealschulen. Von den 19 Kreisen des Landes besitzen 6, nämlich die Kreise Bolkow (mit 81 Quadratmeilen), Sanok (mit 76 Quadratmeilen), Brzezan (mit 68 Quadratmeilen), Czortow (mit 60 Quadratmeilen), Jaslo (mit 47 Quadratmeilen) und Rzeszow (mit 78 Quadratmeilen), mit hin über 400 Quadratmeilen, nicht eine einzige! die Bufowina auf 180 Quadratmeilen nur eine. Diese Zahlen sind sprechend.

— [Erdbeben.] Am 8. März um 2 Uhr 25 Min. Nachmittags fand in der Gegend Nespes (Kroatien) ein Erdbeben mit donnerähnlichem Rollen statt. Die Richtung war von Norden nach Süden, die Dauer des ersten Stoßes 2 Sekunden; der zweite erfolgte in einem Intervall von 1 Minute. Am 27. März, um 1 Uhr 15 Minuten Nachmittags, war nach vorhergegangenen Stürmen in der selben Gegend ein zweites Erdbeben ebenfalls von Nord nach Süd unter donnerähnlichem Rollen, jedoch mit bedeutend stärkerer Erschütterung zu verpüren. Die Dauer des Stoßes hielt 2 Sekunden an.

Wien, 8. April. [Tagesbericht.] Die heutige „Wiener Zeitung“ bringt den ersten Ausweis in Betreff der Subskription für die neueste Anleihe. Die Höhe der bisher gezeichneten Summe beträgt 32 Millionen Gulden. Der Termin für die Subskription in den Provinzen ist bis zum 14. April verlängert worden. — Das erste Kavallerie-Armeekorps wurde aufgelöst und der bisherige Kommandant desselben, der General der Kavallerie, Fürst Franz Lichtenstein, zum General-Kavallerie-Inspektor ernannt. — Mit Ende März war der Tag verstrichen, der als Zeitpunkt festgelegt war, bis zu welchem die evangelischen Gemeinden Augsburger Konfession in Ungarn sich im Sinne des l. l. Patentes zu organisieren hatten. Es stellt sich nun heraus, daß 226 Gemeinden sich organisiert haben, dagegen 333 die Nichtannahme des l. l. Patentes aussprechen. Erstere zählen 306,786, letztere 543,712 Seelen. — Der seit dem 15. März im Nochuspitale in Pesth darniederliegende Studirende Geiz v. Horinya ist am 2. d. verschwunden. — Der Plattensee hat merkwürdiger Weise sein früheres, seit 15 Jahren verlassenes Bett wieder eingenommen. — In Prag wird, wie die „Pr. Z.“ als Kuriosität hervorhebt, so eben der 40. und 320. Theil eines Hauses samt Garten exklusiv feilgeboten.

Bayern. München, 7. April. [Das Votum Bayerns in der kurhessischen Frage], nach seiner bisherigen Politik kaum anders zu erwarten, hat nichtsdestoweniger das Rechtsgefühl des ganzen Landes aufs Tieftste verlegt; die sarkastischen Glossen, welche über den Vertreter Bayerns am Bunde in allen Gesellschaftskreisen zu hören sind, geben davon hinlänglich Kunde. Entgegen der offiziellen Entrüstung, mit der einige Blätter die Konsequenzen der preußischen Verwahrung gegen den Majoritätsbeschluß in dieser Frage besprechen, können wir als thatächlich feststellen, daß jede entschiedene Abwendung Preußens von der bis-

herigen Bundestagspolitik in ganz Süddeutschland mit Freude begrüßt wird. (R. 3.)

— [Pulverexplosion.] Über eine Pulverexplosion, welche am 28. v. M. in dem romantischen Mühlthal bei Starnberg stattfand, vernimmt man Folgendes: In der dortigen Pulvermühle waren zwei Arbeiter beschäftigt, von welchen der eine sich plötzlich zu der Arbeit eines eisernen Hammers bediente, obwohl der andere ihn auf die hieraus entstehende Gefahr aufmerksam gemacht. Da dessen Zureden nicht von Erfolg war, so entfernte sich dieser Arbeiter, um den Besitzer in Kenntnis zu setzen. Dieser eilte mit dem Arbeiter sofort herbei, aber zu spät, denn als sie bei dem Gebäude anfanden, flog dieses in die Luft. Der Arbeiter, welcher ohne Zweifel das Unglück herbeigeführt, war augenblicklich tot, und der andere Arbeiter, wie Herr Meier, der Besitzer der Pulvermühle, wurden so stark verwundet, daß beide seitdem auch gestorben sind. Ob der betreffende Arbeiter das Unglück mit Absicht herbeigeführt hat, wie man annehmen will, und zwar weil er bei einem Kastendiebstahl im Rentamt zu Starnberg beobachtet gewesen sein soll, wird sich vielleicht aus der dessfalls eingeleiteten Untersuchung ergeben.

Nürnberg, 7. April. [Die Lage Deutschlands.] Aus einem Artikel des „Nürn. Anzeiger“ (die betreffende Nummer ist konfisziert worden) entnehmen wir folgende Stelle: „Zwar ist das deutsche Volk, seitdem die deutschen Höfe nicht mehr in dem Meister des Staatsstreits den Heiland auch ihres Absolutismus antworten, Napoleon III. zum Danke verpflichtet. Sein Neujahrsgruß an den österreichischen Gesandten und was darauf folgte, hat für den Augenblick einige Bande an dem Leibe des gefesselten deutschen Prometheus etwas gelockert, daß er einigermaßen freiere Athemzüge thun konnte; die Presse erhob ihre unterdrückte Stimme; eine öffentliche Meinung, von welcher man lange keine Spur gesehen, war plötzlich, wie ein herausgezarter Frühling, aufgetaucht; man hörte selbst aus jenen Regionen den Wiederhall des Wortes vom deutschen Vaterlande, von Einheit und Freiheit desselben, wo das Arndtsche Lied als hochverrätherisch galt. So lange Napoleon von der natürlichen Grenze redet, aber schwerlich länger, wird uns wohl dieses Bischen Freiheit bleiben, wenn man auch keineswegs im Sinne hat, was das deutsche Volk will. Dieser Dank, welchen wir dem Meister der Gesellschaft zu Paris schulden, darf und wird uns aber keineswegs dahin bringen, zu verkennen, daß Europa so lange keine Ruhe hat, daß Deutschland so lange in Gefahr ist, als der 2. Dezember mit der Völkerbefreiung und mit den „natürlichen Grenzen“ beschäftigt ist. Darum: Misstrauen und Wachsamkeit! Das deutsche Volk darf und wird nicht seine höchste Angelegenheit, die Frage seiner Existenz, der „väterlichen“ Verfügung seiner Fürsten unbedingt überlassen; es muß auf eigenen Füßen seine ganze Kraft zusammennehmen, um vor Verrat und Übelfall sicher zu sein. Es muß laut und öffentlich von seiner Stimmung, von seiner Entschlossenheit Kunde geben, jeden Verrat und jeden Angriff auf das deutsche Land und auf die deutsche Nationalität, komme er, woher er wolle, sofort niederzuschlagen. Die deutschen Stämme müssen erkennen, daß es vor Allem auf Preußen, auf den deutschen Landeskern, mit dem Deutschland lebt und stirbt, abgesehen ist; sie müssen sich daher um Preußen scharen, damit Deutschland aufrecht bleibe, und damit nicht die schmähliche Voraussetzung eines „hochdeutschen“ Blattes in Erfüllung gehen könnte, daß Preußen in einem Kampfe mit Frankreich auf keinen süddeutschen Bundesgenossen zählen könnte. Schimpf und Schmach den feigen Lohnionen, die sich hochdeutsch nennen und solchen Verrat an Deutschland predigen! Wer im Kampfe gegen Frankreich nicht mit Preußen geht, ist gegen das deutsche Vaterland. Aber das deutsche Volk wird ihm gehen, sollten selbst Diejenigen undeutsch genug sein, nicht mit zu gehen, welche dazu berufen sind, die Fahne der deutschen Einheit voranzutragen.“

Württemberg. Stuttgart, 8. April. Nachdem der „Schwäb. Merkur“ und der „Beobachter“ den Sympathien unserer Landes für die Schweiz bereits wiederholt Ausdruck gegeben haben, wurde am 2. d. auf Anregung des „Beobachters“ in einer zu Nürtingen gehaltenen Bürgerversammlung, in welcher alle Stände vertreten waren, folgende Gingabe an die Staatsregierung beschlossen: „Der unsehr Vaterlande von Frankreich drohende, zunächst gegen die Selbständigkeit der Schweiz gerichtete Angriff, zu dessen Abwehr, wie wir zuversichtlich hoffen, das ganze deutsche Volk sich erheben wird, mahnt uns, die königliche Staatsregierung unserer vollen Hingabe für die Sache unsers großen Vaterlandes zu versichern, und dieselbe zu bitten, im Vertrauen auf das Volk jedem die deutschen Interessen gefährdenden Versuch ausländischer Bunde der Schweizer garantirten Rechte aufs entschiedenste entgegenzutreten. Ehrerbietigst ic.“ (Folgen 64 Unterschriften.)

Baden. Karlsruhe, 7. April. [Zum Ministerwechsel.] Die Blätter bringen noch immer Berichte über den großen Jubel, mit dem das ganze Land den Ministerwechsel begrüßt hat. In den Kundgebungen der Freude zeichnete sich aber vor Allem Heidelberg aus, das am 3. d. in einem Zuge von mehr als 30 Wagen seine heimkehrenden Abgeordneten empfing und in die Stadt geleitet. Dort fand zu Ehren dieser Männer im Saale des Gasthofs zum Prinzen Max eine Bürgerversammlung statt, an der außer dem Bürgermeister und den Vertretern der Hochschule auch Deputirte des Oberamtsbezirks Heidelberg, so wie zahlreiche angesehene Einwohner der Universitätsstadt Theil nahmen. Nach einem mit begeistertem Zuruf aufgenommenen Hoch auf den Großherzog nahm Welcker, von rauschendem Beifallssturm nicht selten unterbrochen, das Wort. Er hob namentlich hervor, daß es sich nicht entfernt um eine Bekämpfung des Katholizismus, sondern einer zu Uebergriffen aller Art geneigten intoleranten Partei handle, deren Grundätze mit dem Wohl des Landes unverträglich seien. Bürgermeister Brausmann sprach über die Liebe des badischen Volks zu seinem Fürsten und über die Eintracht zwischen beiden, und nachdem Pfarrer Almang die wahrhaft edlen und deutschen Gemütsbewegungen des Prinzen Wilhelm gerühmt hatte, wies Dr. Cantor in längerer Rede auf die hohen Verdienste des neuen Ministerialchefs Dr. Stabel hin. Schließlich machte Dr. Otto darauf aufmerksam, wie in dieser Versammlung Katholiken und Protestanten in Eintracht beisammen und gleich begeistert seien für das Wohl unseres engeren und des gesamten deutschen Vaterlandes.

Karlsruhe, 8. April. [Großherzogliches Manifest; Personalveränderungen.] Es ist ein Manifest des Großherzogs erschienen, worin der Grundsatz der Selbständigkeit

Großbritannien und Irland.

der katholischen Kirche proklamirt und hinzugefügt wird, daß ein unter dem Schutz der Verfassung stehendes Gesetz der Rechtsstellung der Kirche eine sichere Grundlage verbürgen wird. In diesem Gesetze und in den daraus zu bauenden weiteren Anordnungen wird der Inhalt der Ueberseinkunst seinen berechtigten Ausdruck finden. Auch der protestantischen Kirche, sowie auch anderen Gebieten des Staatslebens, wird eine möglichst freie Entwicklung zugesagt. — Der Finanzminister Negenauer ist pensionirt worden und hat in Vogelmann einen Nachfolger erhalten. Auch noch andere wichtige Personalveränderungen haben stattgefunden.

Hessen. Marburg, 7. April. [Auswanderung.] Die in den letzten Jahren etwas in Abnahme begriffene Auswanderung aus unserer Provinz nach Nordamerika wächst in diesem Frühjahr wieder, wie wir aus den vielen durch das Wochenblatt veröffentlichten Gelehrten um Entlassung aus dem diesjährigen Unterrichtsverbande entnehmen; auch in der Provinz Fulda nimmt die Auswanderungslust wieder zu; namentlich fiedeln aus dieser Provinz viele Hand- und Bauarbeiter nach dem preußischen Westphalen über. (D. S.)

Fulda, 8. April. [Kirchliche Zustände.] Die Gymnasialbildung scheint sich mit den Studien der katholischen Theologie in unserem Seminarium nicht mehr vertragen zu können; wenigstens wird allen Abiturienten, die sich der Theologie widmen wollen, schon seit einer Reihe von Jahren der Eintritt in das Priesterseminarium erschwert und den nicht Aufgenommenen der freundliche Rath ertheilt, sich in einem ausländischen Seminarium um Verwendung zu bewerben. Dies geschieht aber nicht etwa, um dem Mangel an Geistlichen in anderen Diözesen abzuholzen, sondern lediglich aus Vorliebe für das seit einigen Jahren bestehende Knabenseminar. Die Lämmlein dieses Pferches sind die Lieblinge unseres Oberherrn! Sie werden eben denen vorgezogen, die sich auf dem Gymnasium zum Studium der Theologie vorbereitet und somit das „Gut der Welt“ gefestet haben. Diese Vorliebe geht so weit, daß man jetzt bestimmt erklärt haben soll, in Zukunft nur Böllinge des Knabensemesters in das Priesterseminar aufzunehmen zu wollen. Demzufolge ist auch bereits einem Stadttheologen neuerdings die Aufnahme in das Priesterseminar ohne alle Angabe eines Grundes verweigert worden, und die Abiturienten des Gymnasiums haben im Hinblick auf die oberhöchstliche Erklärung bereits Schritte gethan, um in ausländischen Diözesen Aufnahme zu finden. Man sieht, daß in Kurhessen auch ohne Konkordat der Jesuitismus allmächtig zu werden beginnt. (D. S.)

Sächs. Herzogth. Coburg, 4. April. [Warnung für Auswanderer.] Das Regierungsblatt enthält eine amtliche Warnung vor der Auswanderung nach Amerika. Die betreffende Ministerialbekanntmachung sagt nämlich: daß nach einer aus Baltimore eingegangenen Mittheilung des Nachweisungsbureaus für Auswanderer in Bremen solche nach den nordamerikanischen Freistaaten ausgewanderte Deutsche, welche entweder ganz mittellos oder mit wenigen Mitteln verschlagen angekommen und nicht geeignet gewesen sind, sich durch Handarbeit einen genügenden Verdienst zu verschaffen, bald in sehr bedrängte Lage gerathen und entweder der Armenunterstützung oder dem Arbeitshaus und Zuchthaus verfallen seien. Dahin gehörten gewöhnliche Handarbeiter und Tagelöhner, denen die Mittel fehlten, in das Innere von Nordamerika zu gelangen und die deshalb in den Hafenplätzen bleiben müssen, wo Überfluss an solchen Handarbeitern herrscht; ferner alte schwächliche, fränkische oder mit Körpergebrechen belastete Personen, welche nur dürstigen und ungenügenden Unterhalt finden, so wie Frauenzimmer mit Kindern, ohne Männer und Ernährer.

Apolda, 5. April. [Arndt und der Apoldaer Gemeindedienst.] Eine eigenthümliche Art der Auffassung hat die hier angeregte Belehrung an der Feier des Andenkens an Arndt von Seiten unserer Polizeibehörde erfahren. Als nämlich am 16. März eine Versammlung hiesiger Stadtbewohner nach vorausgegangenem öffentlichen Aufruf zu dem angedeuteten Zwecke stattfand, betrat ein Polizedienner das Versammlungsklopf und überreichte dem provisorischen Komitee eine an letzteres gerichtete Zuschrift des hiesigen Gemeindedienstes, die nach der „D. A. Z.“ vorgetragen folgendermaßen lautet: „Daz der verstorbene Prof. Arndt zu Bonn sich um Deutschland und deutsches Wesen große Verdienste erworben hat, wer vermöchte das zu leugnen! Es ist daher das Bestreben dessen Vaterstadt (?) Bonn, in unserer denkmalsreichen Zeit auch ihrem verdienten Todten ein, Bonn zierendes Denkmal auf Deutschlands Kosten setzen zu lassen, eben so läblich als natürlich. Aber Arndt war kein Schiller und durften daher alle mit Arndts Größe nicht im Verhältniß stehenden Orationen alle Objekt seiner Humanität, als in der augenblicklichen Förderung des Arndtdenkmales, welche letztere zur Störung der Suppenanstaltsstiftung immerhin mehr oder weniger geeignet sein könnte. Daher aber und da es unsere Pflicht ist, zunächst an Apolda und dann erst weiter zu denken, ferner, da wir dem auch an uns gelangten Aufruf des Arndtdenkmalkomitee zu Bonn die gebührende Berücksichtigung selbst rechtzeitig angedeihen lassen werden, damit auch in dieser Hinsicht Apolda nicht hinter anderen deutschen Städten gleichen Ranges zurückbleibt, endlich, da in dem ohnehin jetzt sehr gedrückten Apolda nicht gleichzeitig für zwei Zwecke gesammelt werden kann: daher wird dem provisorischen Arndtdenkmalkomitee April unter Bezugnahme auf die allerhöchste Verordnung vom 4. April 1856 hierdurch eröffnet, daß wir jeder vor der erfolgten landespolizeilichen Gesellschaftsgenehmigung etwa hervortretenden Vereins, namentlich aber eigenmächtigen Beitragssammlungen derselben in hiesiger Stadt entgegentreten werden. Wir haben aber zu dem loyalen Sinn des hiesigen Publikums das feste Vertrauen, daß man das Röthige dem weniger Röthigen selbst vorziehen, und daß man sich Seitens des Arndtdenkmalkomitee allhier nunmehr vor allen Dingen der Armen Apolda's und der für Kinderung deren Noth gestifteten Suppenanstalt soweit, als dies Seiten des Herrn Verleger Wiedemann nicht schon der Fall gewesen ist, lebhafter erinnern werde. Apolda, 14. März 1860. Der Gemeindevorstand daselbst. G. Franke.“

Die Vertreter der lothringischen Interessen allhier, ist nach Dresden abgereist. — Die verschiedenen diplomatischen Vertreter der auswärtigen Mächte allhier haben durch den päpstlichen Nunzius jeder eine Abschrift der Exkommunikationsbulle erhalten. — Oberst Besson vom Generalstabe ist zum Kommissar für die Feststellung der Grenze zwischen Frankreich und Piemont ernannt. — Wie das „Univers“ als „Monde“, so ist nun auch die unterdrückte „Bretagne“ als „L'Armorique“ wieder auferstanden und vorgestern zum ersten Male erschienen. — Das Faubourg St. Germain geht aufs Land, giebt gar keine Gesellschaften mehr und schränkt sich aufs Nothwendigste ein, um seine Ersparnisse dem heiligen Vater zuwenden. Herr v. C., der 550,000 Fr. Rente hat, wird mit 50,000 auszufommen versuchen und alljährlich eine halbe Million nach Rom schicken. Vorige Woche hat Herr v. Corcelles 500,000 Fr. Etrag einer Kollekte, und der Abbé de R. 200,000 Fr. dem heiligen Vater überbracht. — Der Kontreadmiral Baudin hat sich auf seinen Posten nach Algier begeben. — Hier geht das Gericht, daß mehrere französische Flüchtlinge darunter Oberst Charras, sich gegenwärtig in der Schweiz aufhielten um den Widerstand der schweizerischen Bevölkerung anzuseuen. Es ist nicht nötig, auf die Unwahrscheinlichkeit des letzten Theiles dieses Gerichtes aufmerksam zu machen, nicht deshalb, weil Charras und seine Gefährten nicht einen Unterschied zwischen den Interessen Frankreichs und denen der kaiserlichen Politik machen sollten, sondern deshalb, weil die Schweizer in ihrer eigenen Sache weder fremden Muthes und fremder Aufmunterung bedürftig sind, noch sie entgegennehmen. — Fürst Poniatowski gab am letzten Sonnabend der Direktion der großen Oper und den Künstlern, welche in seiner Oper mitgewirkt, ein großes Souper von 50 Gedekken. — Vorgestern hat sich im Hotel du Louvre eine Association für Handelsreform konstituiert; der Präsident der Handelskammer von Mühlhausen, Dollfus, wurde zum Vorsitzenden erwählt. Etwa 100 Industrielle, Handeltreibende und Landwirthe aus allen Gegenden Frankreichs haben sich dabei beteiligt. — Vorgestern hat in Poissy unter dem Vorsitz des Handels- und Ackerbauministers Rouher, die Preisverteilung in der alljährlichen Bewerbung für Schlachtwieh stattgefunden. Der „Moniteur“ thieilt den Wortlaut der Rede mit, welche der Minister dabei gehalten hat. Der Maire von Poissy erhielt bei dieser Gelegenheit das Kreuz der Ehrenlegion. — In Orleans sind sieben Personen wegen Anstiftung von Zweis- und Einspannstücken verhaftet worden. — Das „Avenir de Nice“ nennt sich in Zukunft „Messager de Nice“.

— [Belgien und Frankreich; die orientalische Frage.] Die belgische Regierung hat sich in jüngster Zeit wegen der Politik Frankreichs sehr besorgt gezeigt. Ihre Belämmerniß ist älter als die Aera der Annexionen: sie schreibt sich von den Eindrücken her, die König Leopold im vorigen Jahre auf seiner Reise nach Biarritz erhalten hat. Die Unterhaltungen der beiden Fürsten in jenem Badeorte hatten dem König die Überzeugung eingesetzt, daß Napoleon III. sich mit großen Plänen trug, und die savoyische Angelegenheit war nicht geeignet, mit der Einbildung, daß man sich geirrt habe, zu trostet. In Berücksichtigung dieser besonderen Verstimmungen in Belgien hat Herr Thouvenel in seinem Mundschreiben vom 19. März die Schöpfung des belgischen Staates als eine hinreichende Genugthuung für Frankreich dargestellt. Wie ich höre, ist Frankreich nur aber Belgien gegenüber noch einen Schritt weiter gegangen. Graf v. Pradt, den man hier den permanenten Minister des Königs Leopold nennt, war vor kurzem in Paris und hat die unzweideutigsten Zusicherungen erhalten, die man auch noch besonders schriftlich formulirt hat. Von anderer Seite erfahre ich, daß General Fleury in vertraulicher Mission nach London gegangen sei. Diese Reise ist jedenfalls im Sinne der Allianz auszulegen und hat vielleicht auf den Schiffahrtsvertrag Bezug, zu dessen Abschließung der Kaiser sich bereit erklärt haben soll. Die im Publikum wenig bekannt gewordene jüngsten Unterhandlungen zwischen England und Frankreich haben in der That ein neues Pfand der Freundschaft nötig gemacht; aber so wahrscheinlich dessen Auswechselung geworden ist, die im Spiele befindlichen Interessen sind so vielseitig, daß sich über die Gestaltung der Verhältnisse wenig mit Bestimmtheit voraus sagen läßt. Die orientalische Angelegenheit wird vielleicht sehr bald die Feuerprobe der westlichen Allianz werden. Lord Palmerston ist, wie mir interessante Mittheilungen eines aus London zurückkehrenden Diplomaten beweisen, wegen einer russisch-französischen Kombination zur Lösung der orientalischen Frage nicht unbesorgt und fürchtet, daß diese beiden Mächte die Krisis beschleunigen. Sein Gewissen sagt ihm, daß Frankreich bei einem Uebereinkommen mit England zur Entscheidung der bevorstehenden orientalischen Krisis nichts zu gewinnen habe, während es im Bunde mit Russland große Aussichten und vielleicht große Entschädigungen erwarte. (Pr. 3.)

— [Beziehungen zu England und Rom.] Die Beziehungen Frankreichs zu England haben sich nicht besser gestaltet, und es scheint, daß man jetzt dieser Macht mit einem französisch-russisch-österreichischen Bündnisse droht. Damit scheint eine heutige offizielle Mittheilung des „Pays“ in Verbindung zu stehen, wonin Piemont der Rath ertheilt wird, jetzt nicht an weitere Vergroßerung zu denken, sondern sich ganz einfach mit der Organisation des Erworbenen zu beschäftigen. Mit Rom soll man jetzt besser stehen, so versichert man wenigstens, und führt als Beweis an, daß es den römischen Werbern erlaubt worden ist, ein Werbe-Bureau in Marseille zu errichten, während man sie vor einiger Zeit aus Frankreich auswies und per Schiff nach Civitavecchia brachte.

— [Die Beschaffung der Korrespondenz für den päpstlichen Nunzius.] Was die bekannte Beschaffung nahme der für den Nunzius bestimmten Korrespondenz seines Hauses betrifft, so hat sich am 4. d. das ganze diplomatische Corps zu Herrn Thouvenel begeben, um von ihm Erklärungen über diesen befremdenden Vorfall zu begehren. Der Herr Minister hat die Sache einem unverzüglichem Missgriffe der Polizei in die Schuhe geschoben, sein lebhaftes Bedauern ausgedrückt und versprochen, daß so etwas niemals mehr vorkommen würde. Das ist ein Trost! Uebrigens waren Herrn Louis Beuillet seine Papiere nicht in seiner Wohnung, sondern gleich bei seiner Ankunft auf dem Lyoner Bahnhofe fortgenommen worden. Von Rom aus hatte er einen freundlichen Reisegefährten, der sich ihm mit den wohlwollendsten Bezeugungen anschloß und der, als er in Paris herzlichen Abschied von ihm nahm, gleich durch einen andern freundlichen Herrn ersezt wurde, der Herrn Beuillet bat, ihn nach einem der Bureaux zu begleiten, wo die Koffer ihrer papiernen Bürde, worunter sich

die vertragte diplomatische Korrespondenz des römischen Hofes für den Nuntius befand, entledigt wurden. (B. 3.)

[Die Bannbulle; Unterhandlungen mit der Schweiz.] Der Text des Exkommunikations-Dekrets hat trotz aller Barrieren Eingang in Frankreich gefunden, und die Regierung sieht sich jetzt genötigt, ihn durch ihre Organe kommentieren zu lassen. Auch diese Erläuterungen verrathen übrigens die Besorgniß, mit der man das Atenstüdt betrachtet. Der Kaiser ist nicht so leichtfertig, den Einfluß eines päpstlichen Bannspruchs auf die Massen zu unterschätzen, er hat daher den Befehl gegeben, daß öffentliche Urtheil dahn zu richten, daß die Meinung, daß Anabima sei auch gegen das Oberhaupt der französischen Nation gerichtet, nicht Wurzel fasse. Alle Journale, die einen mit mehr, die andern mit weniger Glück und Logik, versuchen sich in der Beweisführung, daß die Exkommunikation den Kaiser der Franzosen nicht berühre. Man weist zu dem Zweck auch auf die Anwesenheit des päpstlichen Nuntius in Paris hin; diese Thatsache beweist nichts, denn auch zwischen Turin und Rom besteht noch ein diplomatischer Verkehr, und Bevollmächtigte Viktor Emanuel's sind fortwährend zwischen Turin und Rom unterwegs, um Briefe des Königs an den Papst zu überbringen. — Zwischen Herrn Thouvenel und Dr. Kern haben in den letzten Tagen die Unterhandlungen einen weniger lebhaften Charakter gehabt; dagegen ist von einer neueren Depesche des Ministers die Rede, welche alle Hoffnungen, die man in Bern noch haben möchte, vernichten würde. Herr Thouvenel soll mit Bestimmtheit ausgesprochen haben, es könne an eine Zession der neutralisierten Distrikte an die Schweiz nicht gedacht werden, da der Bevölkerung Savoyens eine Verstärkung ihrer seit Jahrhunderten vereinigten Gebiete nicht zugemutet werden könne. (B. 3.)

[Der karlistische Putsch in Spanien.] Was man in Bezug auf das verunglückte Pronunciamento in Spanien hier weiß, und daran ist nicht zu zweifeln, ist, daß der Graf v. Montemolin vor ungefähr vierzehn Tagen in Paris war, und hier am hellen Tage konspirierte. Der Prinz und seine Anhänger verfammelten sich täglich in einem Hause der Vorstadt St. Germain, und diese Versammlungen fanden gewöhnlich des Morgens statt. Der Präsident begab sich hierauf nach Marseille, wo er sich einschiffte; während dreier Tage durch Sturm geschlagen, war er gezwungen in Cete einzulaufen, und nach vierundzwanzig Stunden Aufenthalt in dieser kleinen Stadt schiffte er sich von Neuem ein und richtete auf Majorka. Höchst befremdend ist es, daß die französische Polizei nicht von dem Aufenthalt des Grafen v. Montemolin in Paris unterrichtet gewesen ist, nicht von der Mietbung seines Schiffes in Marseille und von dem gezwungenen Einlaufen in Cete. Eine große Anzahl von Personen, die nicht die Aufgabe haben, gut unterrichtet zu sein, wußten von der Anwesenheit des Präsidenten, des Generals Cabral, des Generals Glio und einiger anderen Verbündeten in Paris, und die Polizei allein hat nichts gesehen, nichts gewußt, weil sie doch sonst die französische Regierung davon benachrichtigt hätte, und diese sich sicher beeilt haben würde, die spanische Regierung zu warnen. Auch weiß unsere Polizei gewiß nichts davon, daß Graf von Montemolin bei einem hiesigen Bankier eine durch den Hof von Neapel kreditirte bedeutende Summe hat erhalten lassen. (B. 3.)

Paris, 7. April. [Zur savoyischen Frage; aus Rom und Neapel.] Der heutige „Moniteur“ meldet, Herr Thouvenel habe der Municipalität von Thonon mitgetheilt, es sei die Absicht des Kaisers, den kommerziellen Interessen von Faucigny und Chablais Rechnung zu tragen, indem zu ihren Gunsten eine kommerzielle Scheidelinie eingerichtet würde, wie eine solche bereits in der Landschaft Gex bestehet. — Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Rom vom 3. d. war General Lamoriciere im Vatikan empfangen worden. — Wie man verichert, hatte der König von Sardinien die politischen Gefangenen, welche den Legationen angehören, reklamiert.

B e l g i e n .

Brüssel, 7. April. [Zur Hebung des Theaters.] Der „Moniteur“ veröffentlicht einen königlichen Befehl, wonach Unterstüttungen unter der Bezeichnung: Autorenrechte, an solche belgische Schriftsteller und Komponisten, welche ihre Werke auf einem Theater Belgiens zur Aufführung bringen, bewilligt, und von dem für dramatische Kunst und Literatur dem Ministerium des Innern eröffneten Kredite gezahlt werden sollen.

S c h w e i z .

Bern, 6. April. [Militärisches; Ernennung.] Oberst Ziegler zieht Berner Truppen nach Genf. — Der Bundesrat hat den Professor Delarive von Genf zum außerordentlichen Gelehrten und bevollmächtigten Minister in London ernannt. (S. Tel.)

I t a l i e n .

Turin, 3. April. [Tagesnotizen.] Ein königliches Dekret verfügt, daß alle von Außen kommenden kirchlichen Verfugungen in den Emilia-Provinzen dem königlichen Equator unterliegen. — Lubonis ist zum Gouverneurs-Stellvertreter, Giard zum Vize-Gouverneurs-Stellvertreter in Nizza ernannt. Zu Gouverneurs-Stellvertretern in Chambery und Annecy sind Dupasquier und Lachenal ernannt worden. — Berichte aus Paris melden, daß die dortige Regierung bereits eine Note an die europäischen Mächte gerichtet, worin sie ihre Vorschläge in Bezug auf die schweizerische Neutralität macht. Von einer Konferenz scheint man dort jedoch in diesem Augenblick nichts wissen zu wollen. Graf Cavour sahe das Zusammentreffen der europäischen Mächte seinerseits gern. — Der „Lombardia“ werden Mitteilungen über Rüstungen Destricks gemacht; danach wurden 4000 Mann nach Peschiera geschickt, um an dem Bau von Kanonenbooten zu arbeiten, größer und besser armirt, als die piemontesischen; 1500 Mann beendigen die Arbeiten an den FestungsWerken. Eine Kommission von Flottenoffizieren inspiziert den Po. Wie man sagt, sollen die österreichischen Streitkräfte in 3 Armeeforps getheilt werden. Eines auf den Mincio, das andre am Po-Ufer und das dritte in Tyrol zum Schutz der Stelvio-Pässe. Kriegsmunition und Kanonen langen täglich in den Festungen an und die Arbeiten an den Festungsbauden sind reichlich bezahlt. — Die französische Regierung hat den aus Savoyen gebürtigen piemontesischen Generälen Sonnaz und Monabrea ehrenvolle Anträge gemacht; wie der „Corr. merc.“ sagt, haben beide ausgeschlagen. Demselben Journal zu folge sollen 4 Marschälle ernannt werden: Fanti, La Marmora,

Sonnaz und Galdini. — In Nizza ist Garibaldi für das Parlament gewählt worden. — Die General-Intendantur Nizza zählt 3 Bezirke (circondari): Nizza mit 125,220 Einw., Oueglia mit 61,525 Einw. und S. Remo mit 69,858 Einw. Nach dem Vertrage würde bloß der erstere abgetreten, die Grenze somit durch den Fluß Roja und die Berge gebildet, welche vom Colle di Tenda sich zum Meer herabsenken. — Der Genueser Gemeinderath ist einberufen, um über folgende Vorschläge zu berathen: 1) Ertheilung des Genueser Bürgerrechts an Nicolaoli und Farini. 2) Rückgabe der Ketten, welche die Mündung des Hafens von Pisa schlossen, an Pisa. 3) Benennung eines neuen Platzes nach Daniel Manin. — Nach einer Korrespondenz des „Corr. merc.“ aus Pesaro vom 27. März war es der Delegat Bella, der dem sardinischen Botschaftsconsul die schriftliche Weisung gab, sein Wappen sofort abzunehmen. — Zu Forli wurden von Seiten des Erzbischofs vier Gräfinnen, welche für den Anschluß thätig gewesen waren, suspendirt und ihnen verboten, Messen zu lesen. Farini ordnete sofort an, daß denselben von dem Ertrage der Güter der Jesuiten ein Monatsgehalt ausgeworfen werde.

Turin, 4. April. [Friedliche Aussichten; Verhandlungen mit der Schweiz; das Parlament.] Frankreich hat nun ganz ausdrücklich erklärt, daß es sich den verschiedenen Mächten in Italien gegenüber für die Aufrechterhaltung des Friedens verbürgt und bereit sei, dem angegriffenen Theile gegen den Angreifenden beizustehen. So dürfen denn die Verhandlungen bezüglich der Räumung der päpstlichen Staaten zu einem günstigen Resultate gelangen, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse den Dingen eine andre Wendung geben. Von hier aus hat man übrigens einen Versuch gemacht, sich Neapel direkt zu nähern. Marquis Villamarina hat der neapolitanischen Regierung zwei Noten Cavour's eingereicht, in deren einer das genannte Kabinett eingeladen wird, sich der italienischen Politik Sardiniens anzuschließen; in der andern verlangt Cavour, daß die Wappen von den ehemaligen Gesandtschaften Toscana's und der Herzogthümer herabgenommen werden. Die neapolitanische Regierung hat noch nicht geantwortet. — Herr Tourte kommt jeden Tag zum Grafen Cavour, um in anderer Weise gegen den Anschluß zu protestiren. Dieser hatte unter dem 21. März eine Depesche an den sardinischen Gesandten in Bern gerichtet, in Beantwortung auf die Reklamation bezüglich der neutralisierten Provinzen Savoyens. Cavour erklärt darin, er habe auf die Protestation der Schweiz Herrn Tourte mündlich gefragt, er begreife nicht, wie der Bundesrat gegen den von der sardinischen Regierung in dieser Frage beobachteten Gang habe rekriminiiren können. Die Antwort der Schweiz ist vom 30. März datirt, und dieselbe wird, wie das Atenstüdt selber bemerkte, nur mit Gründen geführt, welche bereits im Laufe der Korrespondenz über diesen Gegenstand angeführt worden sind. Es fällt der Schweiz nicht ein, sich der Abstimmung Seitens der Bevölkerung zu widersezen; sie verlangt bloß, daß dieselbe eine ganz freie sei. Diese Freiheit würde aber nicht existiren, wenn die Bewohner der neutralisierten Provinzen bloß darüber abzustimmen hätten, ob sie sich mit Frankreich vereinigen oder bei Sardinien bleiben wollen, und ihnen somit die Möglichkeit benommen wäre, sich zu Gunsten der Schweiz zu erklären. Der Bundesrat hat also mit Recht verlangt, daß man sich über die Art der Abstimmung auch mit ihm verständige, und gegen jede, vor erfolgtem Verständnisse der Mächte mit der Schweiz, vorzunehmende Militär- oder Zivilbesatzung protestirt. Bei diesen Forderungen bleibt die Schweiz auch jetzt noch stehen. Hierauf wird nachgewiesen, daß die angerufenen Verträge durchaus nicht verjährt sind, wie Cavour behauptet, und somit sind auch die aus der angeblichen Verjährung gezogenen Schlusfolgerungen entkräftigt. Die Geschichte der Neutralisierung der fraglichen Provinzen streitet ferner gegen die Behauptung, als sei diese bloß zu Gunsten Sardiniens geschehen. Vielmehr ist es der Kanton Genf gewesen, welcher zuerst die Meinung geltend gemacht hat, daß ohne Neutralisierung dieses Theiles von Savoyen die schweizerische Neutralität eine Unmöglichkeit sei. Diese Ansicht fand Unterstützung in Wien, und die Neutralisierung wurde somit eben so gut im Interesse der Schweiz, als in jenem Sardiniens ausgesprochen. — Die Prüfung der Vollmachten der Parlamentsmitglieder dauert fort; mit Spannung sieht man der ersten wichtigen Debatte entgegen. Die Anschlußfrage (Savoyen und Nizza) macht der Regierung Sorge. Die Berichte aus Nizza melden von der gewaltthätigen Weise, womit die Franzosen sich dort benehmen, und man fürchtet, die Opposition werde die Beschwerden der Rizzarden zum Anlaß eines Angriffes gegen die Regierung machen. Diese wird jedenfalls die Majorität haben, obgleich auch Garibaldi, der hier angekommen ist, für die Opposition Propaganda macht. Cavour konnte leider zuletzt nicht anders handeln, als er gehandelt hat; denn Frankreich würde sich ohne Weiteres der beiden Provinzen, die ihm doch versprochen worden sind, bemächtigt haben, und wäre es zu einem Bruche mit Frankreich gekommen, so mußte man auch auf das Schlimmste von Seiten Destricks gefaßt sein. Es hat Eindruck gemacht, daß der erste Alterspräsident des neuen Parlaments während seines Amtsantrittes vom Schlag gerührt worden und in seinem Präsidentenstuhle gestorben ist. (R. 3.)

Turin, 6. April. [Allgemeine Abstimmung in Savoyen; die sardinische Flotte.] Die savoyische Frage ist in ein neues Stadium eingetreten. Die „Opinione“, das Hauptorgan des Grafen Cavour, zeigt an, daß die Bewölkerungen Savoyens und des Arrondissements Nizza in acht bis zehn Tagen berufen werden sollen, sich durch allgemeine Abstimmung über den Anschluß an Frankreich auszusprechen. Bekanntlich hat Cavour von Anfang an auf allgemeine Abstimmung und Bestätigung durch das Parlament in Turin gedrungen, während das Kabinett der Tuilleries die Deputirtenwahlen als die Kundgebung des Volkwunsches auszudeuten sich bemühte. Thatsächlich wird das Ergebniß, wie die Sache jetzt steht, kaum noch zweifelhaft sein, da die überwiegende Majorität, die italienische oder vielmehr die anti-französische Partei, entmuthigt und von den Tuilleries aus die Organisation der französischen Regierung in den neuen Provinzen bereits in Angriff genommen ist, wie auch durch Victor Emanuel die alten italienisch gesetzten Beamten abberufen wurden. — Während der neue italienische Staat ein wichtiges Stück Mittelmeerküste aus der Hand giebt und den Franzosen dadurch zugleich Gelegenheit wird, das Fürstenthum Monaco zu kaufen und zu verwerthen, schreitet Victor Emanuel mit Rücksicht zur Bildung einer Achtung gebietenden Kriegsflotte, deren der neue Staat allerdings dringend bedürftig

ist. Die „Opinione“ meldet, daß die Bildung eines besonderen Marine-Ministeriums erfolgt und dem Kabinets-Präsidenten Cavalier das Portefeuille dieses neuen Verwaltungszweiges übertragen worden sei.

Turin, 7. April. [Der Aufstand auf Sicilien.] Nachrichten aus Sizilien vom 5. d. melden, daß das zu Neapel erscheinende offizielle Journal die Mittheilung von der Unterdrückung der Insurrektion in Palermo enthalte. — Zu Messina war der Aufstand nicht vollständig unterdrückt. Derselbe hatte sich bis Catania ausgedehnt. Nach dem 5. fehlen Nachrichten, da die betreffenden Telegraphenlinien unterbrochen sind. — Die heutige „Opinione“ meldet, daß bei dem Aufstand viele Personen getötet und verwundet worden seien. Mehrere der Insurgenten hätten sich in den Fel dern zerstreut.

Nizza, 2. April. [Ankunft der Franzosen; Demonstrationen.] Wir sind hier seit gestern faktisch französisch geworden. Gegen 2 Uhr Nachmittags rückte nämlich ein französisches Infanterieregiment hier ein, welches von der San Domenico-Kaserne Besitz nahm, nachdem diese in aller Eile von den piemontesischen Truppen geräumt worden war. Obgleich der Empfang der Franzosen von Seiten ihrer hier zahlreich anwesenden Landsleute, so wie der Separatisten, wochenlang vorbereitet wurde, so machte er dennoch ein entschiedenes Fiasco! Die zahlreichen Volksmassen in den Straßen verbreiteten sich schweigend und es waren nur wenig französische Fahnen oder Abzeichen sichtbar. Namentlich hatte sich auf der Piazza Vittorio Emanuele, über welche die Franzosen ziehen mußten, eine zahlreiche Volksmenge eingefunden, welche ohne ein Zeichen des Beifalls die Antunft der Truppen erwartete. Als aber der hier über angekündigte Konzil Leon Pillet mit einer Wagnersiehe voll Gläubigen erschien, die mit großer Ostentation französische Fahnen schwangen und in die Rufe: Vive l'Empereur! Vive la France! ausbrachen, machte sich der Volksunwill durch ein furchterliches Peifen, Hohngespiel und durch die Rufe: Viva Vittorio Emanuele! Viva Nizza italiana! Lust, was eine volle halbe Stunde dauerte. Die Rufe des hier noch anwesenden piemontesischen Militärs waren in der Schloßfahne konzentriert, um gegen allfällige Unruhen einzufahren. Es kam aber zu keinem Zusammenstoße, obwohl die Aufruhrung der zahlreichen italienischen Partei eine sehr große war. In dem Augenblick, als die Stabsoffiziere des französischen Regiments mit dem französischen Konzil und einem Haufen Separatisten über den Platz Vittorio Emanuele zogen, wurden in der Mitte des letzteren zwei italienische Fahnen aufgestellt, die mit dem donnernden Rufe: Viva il Re! Viva Nizza italiana! begrüßt wurden. Mit einem Worte, die Annexionisten und Franzosen haben auch diesmal eine entscheidende Niederlage erlitten. — Nach glaubwürdigen Mitteilungen zu schließen, soll das französische Konsulat im Vereine mit den hier anwesenden Franzosen alles aufgeboten haben, um eine Monstredemonstration zu Stande zu bringen. Französische Fahnen, Kokarden, Geld und Wein wurden gratis verteilt, diese Spenden aber von vielen Seiten entschieden abgelehnt. Zu einer Gratis-Bouvette (Trinkhalle) konnten nur 200 Frs. zusammengebracht werden. Die heutige Nationalgarde hat sich gleichfalls geweigert, zum Empfang der Franzosen auszurücken; als der Major derselben, Namens Feraut, dessen gezeugt in bürgerlichen Kleidern den Franzosen entgegenkam, wurde er in allen Straßen ausgepfiffen und verhöhnt. In den französischen Blättern wird freilich der Empfang als ein sehr brillanter geschildert, aber es erläutert sich, wenn man weiß, daß solche Nachrichten durch den Telegraphen von Antibes nach Paris gelangen, welcher notorisch von dem hiesigen französischen Konsulat bedient wird. — Das wütende Annexionistenblatt „Avenir de Nice“ kündigt schon an, daß nächstens die „Regelung der französischen Rheingrenze“ an die Tagesordnung kommen soll! (P. 3.)

Florenz, 2. April. [Haltung des Clerus.] Am demselben Tage, an welchem in Rom die Exkommunikation veröffentlicht wurde, nahm der Prinz-Statthalter im Palast Pitti, dem Residenzschloß, die Huldigung des Erzbischofs und Clerus von Florenz in öffentlicher und feierlicher Weise entgegen. Msgr. Lemberti hatte einige Tage früher das theologische Kollegium seines Sprengels versammelt, um die Frage zu entscheiden, ob man den durch allgemeine Abstimmung erwählten König anzuerkennen habe oder nicht, welche Frage auf die Autorität des heiligen Thomas und anderer Licher der Kirche hin bejahend gelöst wurde. Der Kardinal-Erzbischof von Pisa hat auf das Eruchen seines Kollegen von Florenz, sich dieser Auffassung anschließen zu wollen, geantwortet, daß er nach den Instruktionen handeln werde, welche er von Rom erwartete. (R. 3.)

[Protestnote des heiligen Stuhls.] Das „Journal des Débats“ veröffentlicht folgenden sehr genauen Inhalt der Protestnote, welche Kardinal Antonelli am 29. März den Mitgliedern des diplomatischen Corps zur Förderung an ihre Höfe diktiert. —

Vom Vaticano, 24. März 1860. Die Wühlerieen der während des letzten Krieges fühner als je gewordenen Umsturzpartei haben die Frucht erlangt, nach der sie lange Zeit geträchtet: den Aufzug der mittel-italienischen Staaten, der Romagna und die Vergrößerung Piemonts durch den an den legitimen Fürsten begangenen Raub. Zumutten dieser schmerlichen Ereignisse blieb das Vertrauen des heiligen Vaters sich gleich, daß die höheren Rücksichten gegen Religion und Gerechtigkeit den Fortschritt des Nebels hemmen würden. Indes es ward den heiligen Rechten nicht Rechnung getragen, sondern der Raub des Theiles des Erbteils Petri vollführt. Durch das in Bologna am 1. d. M. erlassene Dekret wurden die Wölfe der Emilia aufgefordert, ihren Wunsch zu Piemonts Gunsten fundzuthun. Alle Hülfsmittel, alle Vergewaltigungen und tauendfache Schurkereien wurden verübt, damit das Votum dem vorbedachten Zweck entsprechend ausfalle. Durch die am 18. März erfolgte Annahme hat der König Victor Emanuel den Schmerz des heiligen Vaters auf Augenhöhe gebracht, als Pius IX., die Kirche ihres weltlichen Erbes durch einen katholischen Fürsten und Erben des Thrones von Monarchen, die ihrer Prömmigkeit wegen berühmt waren, veräuft sah. Der heilige Vater hat aus Anlaß der ihm obliegenden Verpflichtung, das Recht der weltlichen Souveränität zu wahren und zu verteidigen, dem unterzeichneten Staats-Sekretär Weisung ertheilt, gegen die Verlegung der unbefestigten Rechte des heiligen Stuhles, die Se. Heiligkeit in ihrer Ungefehrlichkeit zu bewahren gegeben ist, Protest zu erheben, indem er alles, was in diesen Provinzen geschehen ist und geschehen wird, nicht anerkennt und für nichtig erklärt. Die Bewegung der Katholiken, die sich seit dem ersten Angriffe auf das weltliche Beifizium der Kirche fundgehalten, fließt dem heiligen Vater die Neberzung ein, daß dieselbe die Herrscher abhalten werde, diesen Alt gottlose und betrügerische Gewalt-Anmaßung anuerkennen. Der Staats-Sekretär muß, indem er Ew. Gnaden erucht, Ihre Regierung von diesem Proteste in Kenntniß zu setzen, hinzufügen, daß der heilige Vater auch die Hoffnung hegt, daß die Mitwirkung Ihrer Regierung ihm nicht fehlen werde, damit vereinst die Veräufung, gegen welche laut das Völkerrecht spricht, ein Ende habe.

[Der Aufstand und Versuch auf Sizilien.] Die „Patrie“ hat nicht übel Lust, den Putsch in Palermo den Engländern in die Schuhe zu schieben. In einer Notiz, welche die charakteristische Unterschrift „Tranchant“ trägt, bemerkt sie, die Nachrichten aus Sizilien lauteten dahin, „daß dieses Land trotz der Aufregungen von Seiten Englands, die unmöglich mit Stillschweigen zu übergehen seien, sich ruhig verhalte.“ „Es wird versichert“, steht Hr. Tranchant hinzu, „daß ausländische Agenten auf der Insel eine Partei zu bilden suchen, welche den Anschluß derselben an England verlangen solle. Diese Partei macht eine thätige Propaganda und wenn sie damit scheitern wird; denn Sizilien hat das Beispiel der ionischen Inseln vor Augen. Alle Mächte haben dessenungeachtet nicht minder Ursache, aufzupassen, um einen so beflagenswerthen Schritt zu verhindern.“ Man pflegt zu sagen: Keiner sucht den Andern hinter dem Ofen, wenn man nicht selber dahinter gesessen hat! Die Franzosen brauchen eine Diversion, um die Blicke Europa's von

(Fortsetzung in der Beilage)

ihrem skandalösen Verfahren in Savoyen und Nizza abzulenken. Lebzig werden hoffentlich die englischen Blätter dem halböffentlichen Pariser Blatte die Antwort auf eine so starke Insinuation nicht schuldig bleiben, die aus derselben Quelle zu stammien scheint wie die Nachricht vom drohenden Erscheinen der englischen Flotte vor Neapel, welche mit der größten Bestimmtheit gemeldet wurde, obgleich kein wahres Wort daran war. (Vergl. die heutigen Telegramme.)

Spanien.

Madrid, 5. April. [Der Aufstand versucht.] In ganz Spanien herrscht Ruhe; der Karlistenputsch ist zum Glück ohne weitere Folgen geblieben, als diejenigen, welche sich gegen die Urheber des wahnwitzigen Unternehmens geltend machen werden. Der von dem Alkalde von Vinaroz verhaftete Karl III. ist Adjutant des Grafen von Montemolin, der den Prätendenten und dessen Bruder Ferdinand nach Spanien begleitet hat. Es wäre daher nichts Unmögliches, daß auch der Prätendent den spanischen Beförder in die Hände fiele. Wie die "España" vom 2. d. Mts. durch telegraphische Depesche erfährt, zeigte sich auch in der Gegend von Aranda de Duero eine Bande Reiter unter dem Rufe: Es lebe Montemolin!

Madrid, 6. April. [General Ortega, der Friedensvertrag.] Nach einem hier eingetroffenen Telegramm des Militärrakommandanten von Alcañiz haben heute die zur Verfolgung detachirten Truppen fünf Personen, unter denen der General Ortega zu sein scheint, bei Calanda verhaftet. Die offizielle Zeitung veröffentlicht ein königliches Dekret, welches den General Ortega aller Grade und Ehren verlustig erklärt. Allenthalben in Spanien herrscht Ruhe. — Man verichert, der Kaiser von Marokko habe die Friedensbasen ratifizirt.

Rußland und Polen.

Petersburg, 28. März. [Verordnung über den Erwerb des Adels; Verurtheilung; Kälte.] Die "Senatszeitung" veröffentlicht in russischer und polnischer Sprache ein kaiserliches Manifest, durch welches eine schon im vorigen Jahre erlassene Verordnung für das ganze Reich publiziert wird, nach welcher die in Russland gültigen Bestimmungen über Erwerb des Adels auch auf das Königreich Polen ausgedehnt werden. Diese Bestimmungen sind bekannt, indem der Adel durch einen gewissen Grad im Civil- oder Militärdienst erworben ist. Die Ausdehnung des mit dem ganzen Beamten- und Offizierthum auf das Innigste zusammenhängenden Systems auf das Königreich Polen ist ein sehr wichtiger Schritt für die Amalgamirung beider Länder, welche unter der Regierung des Kaisers Alexander schon so bedeutende Fortschritte gemacht hat und welche auch durch die Beibehaltung der Frage eine bedeutende Förderung erhält. — Der Fürst Bariatinski hat gleich nach seiner Rückkehr nach Tiflis dort einen Akt strenger Gerechtigkeit vollzogen. Ein Lieutenant des erivanschen Leibgrenadier-Regiments, welches in Tiflis steht, hatte nämlich seinen Obersten, Vogt, der sich durch seine Unzufriedenheit mit diesem Offizier dessen Haß zugezogen hatte, meuchelmörderisch erschossen, indem er sich über den Balkon seiner Wohnung in diese einschlich, die Thüre, durch welche die Hausbewohner ihm zu Hülfe kommen konnten, abschloß und nach vollbrachter That die Flucht nach der Türkei ergriff. Ein Schreiben, welches er vorher an den Obersten gerichtet und in welchem er diesem die größten Beleidigungen zusetzte, führte zu seiner Entdeckung. Das Kriegsgericht verurtheilte ihn zum Tode durch Enthaupten; der Fürst aber lassirte das Urtheil, „nicht in der Absicht, das Schicksal des Verbrechers zu erleichtern, welcher heimtückisch seinen Obersten erschossen, dann verjucht hat, seinen Kaiser, sein Vaterland und seine Fahne zu verrathen“, sondern um ihn einer schimpflichen Strafe zu entziehen, und verurtheilte ihn, daß ihm auf dem Schauspiel des Verbrechens, in Manglis, der Säbel über dem Kopf zerbrochen, die Späule abgerissen und er dann in Ketten zu ewiger Zwangarbeit nach Sibirien transportirt werden solle. Ein Tagessbefehl des Fürsten kündigt der laukasischen Armee diese Strafe an. Zugleich hat der Fürst aber bei der Durchsicht des Prozesses Unregelmäßigkeiten entdeckt und deswegen über den Vorzuhänden des Gerichts und dessen Beisitzer einen strengen Zettel ausgeprochen und den Auditor mit einem Monat Gefängnis bestraft. Auch dies wird in demselben Tagesbefehl bekannt gemacht. — Aus Irkutsk wird berichtet, daß im Januar dort eine Kälte von 40 Grad und darüber geherrscht hat. (Schl. 3.)

[Eisenbahntunnel.] Der in der Nähe der Stadt Kowno befindliche 600 Faden lange Tunnel der Eisenbahn von Wilna über Kowno bis zur preußischen Grenze ist, wie schon erwähnt, bereits durchgeschlagen und man schreitet jetzt zur Ausmauerung. Diese wird nach belgischer Methode ausgeführt, daß man beginnt mit der Wölbung und endet mit den Seitenwänden. Der Ober-Baumeister des Tunnels ist der Oberst der Wege- und Wasserbau-Ingenieure Perott und dessen Gehülfen der Ingenieur-Lieutenant Riedel.

[Schneestürme.] Aus Moskau werden unaufhörliche Schneestürme gemeldet, die allen Verkehr unterbrechen. Im Gouvernement Tambow wurde ein ganzer Ochsentransport von 600 Hauptunterwegs vom Schnee verschüttet und konnte nur mit großer Anstrengung von den Einwohnern der Umgegend wieder ausgegraben werden.

Küste.

Konstantinopol, 24. März. [Tagesbericht.] An der Küste Kleinasiens und in Rumelien hat großer Regen Überschwemmungen und bedeutende Beschädigungen herbeigeführt. Die schon sehr vorgerückten Arbeiten an der Smyrna-Aidnien Eisenbahn, welche teilweise eröffnet werden sollte, sind an mehreren Stellen, an Dämmen und Brücken, stark beschädigt worden. — Neuerdings sind wieder 1000 Fischerkessen mit einem Dampfer von Trapezunt hier angekommen. Die Regierung hat anderntheils auch etwa tausend derselben mit dem Regierungs-Dampfer "Pouroud" nach Kleinasien abgehen lassen. Das Schlimmste ist, daß der echte Lazarettyphus unter ihnen ausgebrochen ist und zahllose Opfer fordert. Dadurch ist aber der Gesundheitszustand Konstantinopels sehr gefährdet. Der "Gazette Medicale" zufolge haben die Herzöge der Regierung Vorstellungen über die Gefahr, welche mit der nahezu heißen Jahreszeit die Hauptstadt bedrohe, gemacht, und v. geschlagen, die Fischerkessen statt in die Höfe der Moscheen und

in die Spitäler des Innern lieber in irgend eine der auswärts liegenden Kasernen unterzubringen, wo die Luft reiner und leichter zu erneuern ist. — In den Dardanellen sind etwa 300 Schiffe angekommen, wie man hört, um Getreide in den Donausüdthümer für verschiedene Länder des Occidentis abzuholen. — Die alle vierzehn Tage im "Journal de Constantinople" publizirte Liste der gesetzten Kriminalurtheile enthält einige wichtige Entscheide. Obenan steht mit fünfzehn Jahren Kettenstrafe der Priester Gustin, welcher den Abgeordneten und serbischen Bosaren Lazar Aranahelovitch meuchlings hier ermordete. Eine gleiche Strafe erleidet der Bulgar Bugil, welcher in dem verhafteten griechisch-bulgarischen Kirchen- oder Religionskampfe einen griechischen Priester ermordet hat. Ein italienischer Falschmünzer Balatianni (?) und seine Geliebte Margarita sind zu je zehn Jahren Galeerenstrafe verurtheilt. — Ali Pascha, der Erzgroßvizeir und jetzige Präsident des Landmatrikates, hat an alle Gerichte und Hauptorte der Provinzen geschrieben und sich Berichte erbeten über die gewünschten Reformen im Gerichtswesen, um diese bei einem schon vorbereiteten neuen Reglement zu benutzen. Es wird auf Errichtung von vollkommen unparteiischen Gerichtshöfen und vollkommen gleiche Rechte hingearbeitet. — Der Ramazan hat gestern unter den freundlichsten Aupzügen begonnen. Wir sind auf den Schluss derselben mit dem Bairam gespannt. Zu diesem Feste soll im eigentlichen Stambul ein Birkus und ein Theater eröffnet werden, welches zu erbauen der Sultan einen Terman ertheilt hat.

[Streitigkeiten zwischen Griechen und Bulgaren.] Bei der Wichtigkeit, welche die Wühlerien im panslawistischen Sinne für die kommende Geschichte der Türkei haben, ist eine Korrespondenz, welche das "J. d. C." neuerdings publiziert und aus Philippopol vom 29. Febr. datirt, nicht zu übersehen, um so viel mehr, weil sie im offiziellen Organe steht. Sie lautet, wie folgt: "Vor einigen Monaten hatte Se. Heiligkeit der griechische Patriarch von Konstantinopol, den Forderungen einiger Bulgaren nachgebend, erlaubt, daß die slawische Sprache zum Kulte in den beiden Kirchen der heiligen Jungfrau und des heiligen Demetrius in Philippopolis mit eingeführt werde. Der Brief Sr. Heiligkeit des Patriarchen sagt: Da eine große Zahl bulgarischer Familien in den beiden Pfarreien der heiligen Jungfrau und des heiligen Demetrius wohnen, so befiehlen wir, daß die Messe in diesen beiden Kirchen in griechischer und slawischer Sprache gefeiert werde." Da aber in der Pfarrer vom heiligen Demetrius in der Wirklichkeit keine einzige bulgarische Familie besteht, so wagte der Bischof von Philippopolis nicht einmal, den Brief des Patriarchen in der Kirche vorzutragen. In der Kirche der heiligen Jungfrau wurde nicht nur der Brief des Patriarchen gelesen, sondern seine Befehle wurden auch ausgeführt zum großen Bedauern der Mehrheit der Gingeßarten; denn unter den 47 Familien, welche diese Pfarre bilden, sind 40 griechische und nur 7 sind slawische. Trotzdem sind Unordnungen vorgefallen, angeregt durch die, von einigen unserer Stadt fremden Landsleuten, aufgehetzten Bulgaren. Diese haben die Griechen, denen jene Kirche bis dahin gehört hatte, angegriffen. Die Griechen, um einem ernstlichen Konflikt auszuweichen, sind protestirend zurückgetreten und haben an die hohe Pforte und an den Patriarchen in Konstantinopol einen Delegierten entsandt und beauftragt, für ihr Recht zu wirken. Die Bulgaren aber haben die griechischen Priester und das ganze zu ihnen gehörige Personal aus der Kirche verjagt, und verhindern sogar, daß für die griechischen Todten die letzten Gebeine in griechischer Sprache verrichtet werden. Der Ausrufer versammelt die Gläubigen nur in slawischer Sprache. Um das Maß des Unglücks voll zu machen, hat der österreichische Botschafter so eben den Epitropen der Kirche als österreichischen Unterthan einsperren lassen. Ist es gerecht, die Kirche 40 alten Familien zu entreißen, um sie 7 neu angekommenen bulgarischen zu übergeben? Die Ansrede dieser Bulgaren, daß sie kein Griechisch verstehen, ist nur Vorwand, ihre Korrespondenz, ihre Register sind in griechischer Sprache geschrieben und sie selbst können nicht slawisch schreiben. Das Land wird durchkreist von slawischen Priestern und Agenten, welche unter dem Deckmantel der Religion den Geist der Unordnung und Unruhe in die Massen werfen."

Amerika.

New York, 20. März. [Die Heimstättewill. Sonntagsgesetz.] Im Abgeordnetenhaus ist am 12. d. die sogenannte Heimstättewill. mit 114 Stimmen gegen 66 angenommen worden. Es bestimmt dieselbe, daß jeder Bürger und jeder, der seine Absicht erläutert hat, es werden zu wollen (also auch jeder Einwanderer), 100 oder je 80 Acker Landes, je nachdem es $1\frac{1}{4}$ oder $2\frac{1}{2}$ Dollar per Acker kostet, von der Regierung der Vereinigten Staaten unisono erhalten soll, wenn er sich auf diesem Lande niederläßt und es kultivirt. Für die Aussterzung des Besitzstifts hat er im Ganzen nicht mehr als 10 Dollars Gebühren zu zahlen. Von den 66 Abgeordneten, die dagegen stimmten, war nur einer aus einem freien Staate, und von den 114, die dafür waren, nur einer aus einem Sklavenstaate. Die Bill geht jetzt an den Senat und wird dort voraussichtlich ebenso durchfallen, wie sie früher schon dreimal durchfiel, weil in diesem Körper das Pflanzerinteresse überwiegt. Das letztere aber hat keinen ärgeren Feind, als den unabhängigen weißen Auffiedler, der mit eigenem Kopf und Arm arbeitet und, je mehr Boden er gewinnt, desto mehr die Sklaverei einengt. Es ist übrigens bezeichnend, daß die Demokraten des Nordens den Gesetze nicht mehr zu opponiren wagten, und es läßt sich daraus schließen, daß auch der Senat nach Ablauf von einigen Jahren ihm Widerstand mehr leisten wird. Vorläufig schadet derselbe diesmal nicht, weil der Präsident, der demokratischen Tradition getreu, das Gesetz mit seinem Veto belegt haben würde. Es bleibt dem ersten republikanischen Präsidenten vorbehalten, diese heilsame Maßregel in das hiesige öffentliche Leben einzuführen. Wie wohlthätig sie zu wirken vermag, wenn sie ohne Vorbehalt ausgeführt wird, mag der Umstand beweisen, daß die Vereinigten Staaten am 30. Septbr. 1859 noch 1,061,141,675 Acker Land besaßen, also noch hunderttausend eine freie Heimstätte schaffen können. Die Ausschließung der Sklaverei aus den Territorien ist nur die Negation der Sklavereifrage in ihrem gegenwärtigen Stadium; die Position dagegen ist die Freibindenfrage, und nur derjenigen Partei, welche sie zu oberst auf ihre Fahne schreibt, wird es gelingen, die Politik des Landes in der Folge zu bestimmen. — In unerträglichen Gegensätze zu einem so weit reichenden liberalen Akte, wie die Heimstättewill. steht das illibrale und engherige Sonntagsgebet, welches die Regierung des Staates Newyork so eben passirt hat. Es verbietet dasselbe bei strenger Strafe alle Arten von Sonntagsvergnügungen in der Stadt Newyork. Namentlich wird davon die Viertel-Million Deutscher empfindlich betroffen, die in und um Newyork wohnen. Unsere Landsleute sind auch hier die friedfertigsten und ruhigsten Bürger von der Welt, wenn man sie nur ungeschoren läßt. Der Mebrahl von ihnen ist der Sonntag der einzige Tag der Erholung und Ausspannung, und jetzt will ihnen der beischränkte Bauernverstand der Newyorker republikanischen Gesetzegeber (die meisten sind Bauern vom Lande) denkleben. Es ist wirklich eine in der ganzen zivilisierten Welt unerhörte und nur aus der Korruption der Newyorker Politiker erklärliche Anomalie, daß der größte See- und Handelsplatz der neuen Welt, daß eine Stadt von etwa 800,000 Einwohnern sich von den Inlandbauern in einem Provinzialstädtchen ihren eigenen Haushalt vorschreiben und gesetzgeben lassen muß. Jeder Cent, der hier für einen Nachwächter oder einen Straßenbesen ausgegeben wird, muß

erst in Albany genehmigt werden, und im vorliegenden Falle werden hunderttausend, ja Millionen von Eigentum und Werthobjekten durch ein abschreckendes Puritanergesetz vernichtet. Der einzige Trost, der wirkt bleibt, ist der, daß es leicht ist, Gelege zu machen, aber sehr schwer, sie auszuführen. Die Deutschen hoffen jetzt, daß der Gouverneur dem Gelege sein Veto entgegenstellen werde. Die gegen das Gesetz in Gang gebrachte Opposition kommt zu spät und tritt nicht kräftig genug auf; zudem stehen Männer an ihrer Spitze, die wenig Einfluß und Antezedenz haben und deshalb wohl vergebens petititionieren werden. Unter denselben erwähne ich nur den hinlanglich bekannten Berliner Lindemüller. (Schl. 3.)

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten. — Die Motive zu dem Entwurf der Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen sind im Druck erschienen und enthalten im Wesentlichen folgendes: Der Entwurf beschränkt sich auf das Unabmebare und knüpft überall an das Bestehende an, namentlich in Bezug auf die Kreisvertretung. Die in der ständischen Gliederung begründeten Unterschiede sind nur so weit aufrecht erhalten, als sie den realen Verhältnissen entsprechen. Die Scheidung der Städte vom platten Lande ist aufrecht erhalten, ebenso die zwischen dem großen ländlichen Grundbesitz und den Landgemeinden, aber nicht, um unvermittelte Gegenseite zu führen; das Kriterium für den großen Grundbesitz ist daher nicht mehr ausschließlich in dem Vorhandensein gewisser Privilegien einzelner Güter gesucht worden. Rittergutsbesitz und großer Grundbesitz fallen nämlich keineswegs zusammen, vielmehr finden sich in der großen Mehrzahl der Kreise fast 2000 theils Domänen, theils Privatgüter, welche nach Areal und Wert Gleichstellung mit den Rittergütern beanspruchen können und sie doch nicht haben, und umgekehrt liegt es nicht wenige so kleine Rittergüter, daß ihre jetzige bevorrechtete Stellung durch ihren Wert nicht begründet ist. Bei der Reaktivierung der Kreistände hat man den Einfluß des Reichsstatthauses unbeachtet gelassen, in Folge dessen das Verhältniß vieler ehemaliger Erbachtungs- und Erbungsgüter und der Rittergüter unter einander sich wesentlich geändert hat. Fortan sollen alle Güter mit einem jährlichen Durchschnittsertrag von 2000 Thlr. (ein schon bisher bei Verleihung der Rittergüterqualität üblicher und den tatsächlichen Verhältnissen entsprechender Satz) dem großen Grundbesitz überwiegen werden, und zugleich werden aus Gründen der historischen Berechtigung auch die kleineren Rittergüter, als dem großen Grundbesitz angehörig, behandelt, so lange ihr Areal nicht durch freiwillige Parzellierung vermindert wird. Die Zahl der kreisfähigen Güter beträgt in den sechs östlichen Provinzen jetzt 11,721; durch Hinzunahme der bisher nicht vertretenen großen Güter wird sie auf 13,557 erhöht. Die Ausgleichung des bisherigen Misverhältnisses läßt sich nicht durch Aufrechnung der Brillstimmen und Vermehrung der gegenüberliegenden Wahlstimmen erreichen, die Zahl jener übersteigt diese um das Doppelte und Dreifache, zuweilen sogar um das Dreizehn- und Fünfzehnfache. Es würden also einzelne Kreisversammlungen über 100 Mitglieder zählen müssen. Die Ausgleichung läßt sich nur so bewirken, daß die Vertretung auch des großen Grundbesitzes auf den Kreistagen an gewählte Repräsentanten übertragen wird. Der Entwurf konstituiert demnach die drei Wahlverbände des großen ländlichen Grundbesitzes, der Städte und der Landgemeinden. Indes geben Steuerbeitrag, Seelenzahl und Areal als rein mechanische Faktoren keinen absolut richtigen Maßstab für die Vertretung; um dem großen Grundbesitz seinen berechtigten Einfluß zu erhalten, wird ihm wenigstens die Hälfte der Gesamtzahl der Mitglieder gesichert; zugleich aber die Vertretung der Städte und Landgemeinden, welche jetzt dem Rittergutsbesitz gegenüber meist völlig illogisch und traditionell verstrickt ist. Die Bestimmung, daß zur Wahl der städtischen Abgeordneten Magistrat und Stadtverordnete zusammen treten, ist der Kreisverfassung in der Provinz Posen entlehnt; die Bestimmung über die sechsjährige Wahlperiode gilt schon jetzt in Preußen, Schlesien und Polen. Die Wahlbarkeit ist dadurch begrenzt, daß im Allgemeinen nur solche Kreisangehörige wählbar sind, welche ihre Interessen für das Gemeinwohl bereits in ihren Gemeinden betätigt haben; diese Erweiterung der bisherigen Vorschriften ist bereits auf dem ersten vereinigten Landtag von beiden Kurien als notwendig anerkannt. Die Wirksamkeit der Kreistage ist dadurch erweitert, daß ihnen einerseits durch die Befugnis zur Errichtung von Kreisstatuten eine gewisse Autonomie verliehen und andererseits das Aufsichtsrecht des Staats hinfügt der Bestätigung der Kreisabschluße auf das unmöglich Notwendige beschränkt wird. Durch Übertragung des Rechts zur Präsentation von Kandidaten für erledigte Landratsstellen auf die Kreisversammlungen wird oft ausgesprochenen Wünschen genügt. Der Wirkungskreis der Landräthe wird dadurch in keiner Weise alterirt. Das Institut der Kreisdeputirten erfährt die notige Fortbildung, indem der Landrat zu dem Recht des Bestandes von Vertrauensmännern des Kreises auch die Pflicht erhält, in gewissen ganz präzisirten Fällen die Mitwirkung der Kreisdeputirten einzutreten zu lassen; es wird damit eine für die Provinz Pommern bereits bestehende Vorschrift generalisiert.

Der lebente Bericht der Kommission für Petitionen umfaßt 27 Petitionen. Wir haben daraus folgende hervor: Ober-Rabbiner Abraham Sutro in Mainz zeigt an, daß der Bechluß des Hauses, seinen vorjährigen Antrag: "Mit allen Kräften darin zu wirken, daß der Art. 12 der Verfassungsurkunde vom 31. Jan. 1850 ohne irgend welche Beschränkung zur vollen Geltung gebracht werde, und daß die gedachten Ministerialrechte aufgehoben würden", dem Ministerium zur Berücksichtigung zu überweisen, seine Erledigung nicht gefunden hat und er daher seinen früheren Antrag lediglich wiederholt. Von den bei der Beratung anwesenden Ministerialkommissarien ist hierauf vorgetragen: Seitens des Vertreters des Ministers des Innern: Es werde von der Regierung anerkannt, daß die in dem Gesetze über die Rechtsverhältnisse der Juden vom 23. Juli 1847 verordneten Bechränkungen hinsichtlich der Zulassung jüdischer Staatsunterthanen zu öffentlichen Ämtern, als den Art. 4 und 12 der Verfassungsurkunde zu widersetzen, durch die letzteren gemäß Art. 109 unmittelbar außer Kraft gelegt worden seien, soweit sie nicht anderweitig, wie namentlich im Art. 14 eine verfassungsmäßige Begründung fänden. Die Beurteilung, wie unter Beihaltung dieses Prinzips die Anstellungsfähigkeit der Juden bezüglich der einzelnen Kategorien von Ämtern sich gestalte, sei jedoch zunächst dem betreffenden Herrn Justiz-Minister überlassen. Im Konsort des Ministeriums des Innern habe der obige Grundsatz bereits eine praktische Vermittelung gefunden. Die speziellen Beschwerdepunkte der Sutro'schen Petition berührten übrigens nicht das Departement des Innern, daher es von dieser Seite einer näheren Gegenbrosen darauf nicht bedürfte. Das Hindernis liege aber hier nicht auf dem Gebiet des administrativen Staatsdienstes, und werde daher die Bemerkung genügen, daß vom Standpunkte des letzteren der Behebung jenes Hindernisses nichts im Wege stehe. — Seitens des Kommissars des Justizministeriums: Die angezeigten Reksipte des Justizministers beständen noch in Wirksamkeit; derselbe halte sich nach jeglicher Lage der Gesetzesgebung nicht für verpflichtet, die Juden zu Richterämtern zuzulassen, weil nach Art. 4 der Verfassungsurkunde alle öffentlichen Ämter für die dazu Geeigneten nur unter Einhaltung der gesetzlichen Bedingungen zugänglich wären. Zu diesen Bedingungen gehöre, daß der Bewerber im Stande sei, alle im obliegenden Amtspflichten zu erfüllen. Der Justizminister glaube vor einer Reformation der Präsidentenbestellung die Juden nicht in Richterämtern aufstellen zu können, und in der bestrittenen Möglichkeit der Anstellung habe die nur als vorübergehende Maßregel getroffene Anordnung ihren Gründen, die jüdischen Rechtskandidaten nicht unbedingt zum Ausübungsorten zuzulassen. — Seitens des Kommissars des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten: Im Bereich der Unterrichtsverwaltung werde die Anstellung von Juden als Lehrer an öffentlichen Schulen und anderen Unterrichtsanstalten bei nachgewiesener Beschränkung nicht beanstanden werden, sofern nicht der christlich konfessionelle Charakter der betreffenden Anstalt, welcher durch den Direktor und das Lehrerkollegium repräsentirt werde, entgegenstehe. Mit der hierdurch bedingten, sich von selbst festsetzenden Bechränkung würden Juden zur Absolvierung des sogenannten Probejahres, womit die amtliche Lehrtätigkeit beginne, zugelassen werden. Im Bereich der Medizinalverwaltung werde bei Anstellungen ein prinzipieller Unterschied zwischen Juden und Christen überall nicht gemacht. Das Konsort der beiden geistlichen Abtheilungen des Ministeriums wird durch die angeregte Frage nicht berührt. In der Kommission wurden diese Erklärungen zwar mit Befriedigung aufgenommen, auch anerkannt, daß die Beihwerde des Petenten in einzelnen Punkten nicht ohne Berücksichtigung geblieben, so daß zu erwarten sei, daß bei fernerer Ausführung derselben ein Theil jener Beschwerden als bestigt erachtet würde. Dagegen sei denn doch nicht zu beaupten, daß die Petition ihre volle Berücksichtigung erlangt habe, was zur Begründung des gefestigten Antrages auf Übergang zur Lagesordnung wesentlich erforderlich sein dürfte. Es gelte das namentlich noch von dem Kultusministerium und von allen noch bestehenden Beschwerden im Re-

fort des Justizministeriums, in welchem sogar der Erlass vom 10. Juli 1857 noch in voller Wirksamkeit bestrebe und es könne daher nicht angenommen werden, daß die Petition ihre volle Berücksichtigung gefunden habe und dadurch den Juden zur Erlangung ihrer verfassungsmäßigen Rechte verholfen oder dieses auch nur in Aussicht gestellt sei. Der Zweck der Petition sei daher noch nicht erreicht, und deshalb der Antrag auf ahermalige Überweisung derselben an das Staatsministerium gerechtfertigt.

Graf v. Blumenthal-Suckow und 49 Genossen, anscheinend Mitglieder kreisständischer Vertretungen, haben an das Abgeordnetenhaus dieselbe Petition, die Zulassung der Juden zur Ausübung ständischer Rechte, die Beschränkung des kreisständischen Petitionsrechts, sowie die Befähigung der Juden zu Staatsämtern, gerichtet, wie an das Herrenhaus. Die Kommission kann dem Hause nur vorstellen, über die Petition des Grafen v. Blumenthal-Suckow und Genossen zur Tagesordnung überzugehen. Eine Petition dat. Gorczis-Lomnitz den 14. Februar 1860, unterschrieben: C. Adler, Krause, Müller, und erbringt den Ausbau der Verfassung betreffend". tragt Folgendes vor: Das Staatsgrundgesetz enthalte keine Bestimmung, wie es in den Fällen zu halten sei, wenn die vom Hause der Abgeordneten gemachten Gesetzesvorschläge von dem Herrenhause wiederholt verworfen würden. Bei dem Mangel dieser notwendigen Bestimmungen könnten Gesetzesvorlagen des Abgeordnetenhauses bei fortgelegter Anerkennung der Ersten Kammer stets zurückgewiesen werden. Die Landesvertretung könne mitihm ihrem hohen Berufe nicht entsprechen und werde rein illogisch, das Volk aber verlieren bei solch fortwährendem Zwiespalt, der kein Geist verlöse, das Vertrauen zu dem sittlichen Geiste der Landesvertretung und Regierung, und entziehe ihr allmählig jene Achtung, deren Mangel sie verscherzen könnte. Es werde bei diesem Mangel einer entscheidenden Bestimmung in der Verfassung jenes Wort Sieves zur Wahrheit: "in der konstitutionellen Monarchie seien zwei Köpfe auf einen Körper gesetzt, damit einer die Fehler des andern korrigire, aber die Folge sei, daß beide Köpfe sich überwerfen und befehlen". Um nicht in resultatlosen Beschlüssen Zeit und Geld zu zerplatten, werde es dringend erforderlich: die Verfassung durch eine Bestimmung dahin zu vervollständigen, daß jeder Gesetzesvorschlag der Zweiten Kammer, wenn er von der ersten zweimal verworfen worden, zum dritten Male eingebrochen, auch gegen den Beschluss der Ersten Kammer und ohne des Regenten Sanktion, noch ehe der Landtag sich trenne, zum Gesetz erhoben werden müsse. Der Schwerpunkt eines konstitutionellen Staates könne nur in der Zweiten Kammer liegen. Sei dies nicht der Fall, so sei diese Staatsform nur eine Scheinform, durch die man die wahre verberge, wobei dann die öffentliche Moral Schaden nehmen müsse. Wie diese Scheinform die wahre verhülle, lasse sich durch die neue Heeresorganisation ziemlich klar erkennen, welche abgegeben von den Gefahren, die sie der Verfassung bringe, zumal wenn das Heer nicht den Eid auf die Verfassung leiste, durch die Ernährung so vieler unproduktiver Köpfe und die Einziehung eben so vieler Kräfte produktiver Arbeit dem Staat eine drückende Last werde, weil sie das Nationalvermögen um mehr als 33 Millionen Thaler jährlich beeinträchtige, ein Verlust, unter dem das Land langsam verklammern müsse, da gleichzeitig keine Einnahmen eröffnen würden, die ihm wieder ausgleichen. Preußen sei ein armes Land, könne daher weder Großmacht noch andauernden Militärsatz sein. Betrachte man den Staat als ein ewiges Gemeindeleben, so dürfe die Verfassung und Regierung weder auf das Militär, noch auf den Adel geführt werden, denn beide seien mir in den rohesten Zuständen des staatlichen Lebens der stärkere Theil des Volkes und verloren ihr Übergewicht mit der steigenden Kultur. Beide könnten nicht begünstigt werden, ohne alle übrigen Stände zurückzusagen und zu erbittern, denn mächtig geworden, würden beide übermächtig, und bedrohten die Verfassung. Sie hinderten den einträchtigen Geist zwischen Regenten und Volk, brächten die Nation um alle lebendige Entwicklung und versteltern sie gleichsam auf der Stufe der Kultur, auf der sie sich befindet. Der Adel suche seine Macht auch

gegenwärtig wieder zu schamloser Ausbeutung des nur mangelhaft vertretenen Volkes, das nicht nur alle Staatslasten ohne Vergütung trage, sondern auch die Aristokratie unterhalten müsse, zu benutzen, um solches zu charakterloser Minderjährigkeit zurückzuführen. Es habe sich in den verlorenen Jahren bereits eine Herrschaft gebildet, welche alle Würde, allen Sinn für allgemeine Interessen verloren und nur noch in der Verfolgung der schmäsigsten Privatwecke befriedigung gefunden habe. Unsere Erste Kammer habe Recht und Kraft zu hemmen, aber keinen Willen, zu fordern. Ja, man sei schon auf dem Wege gewesen, eine Staatsverfassung auszubilden, welche der absoluten Selbstsucht des Privatinteresses die Gewalt zugeschrieben, das Höchste zu richten und zu fällen. Diese weltliche Simone, welche geistige Gaben durch Nützliches zu verflüchtigen gestreift habe, sei bereits wie eine unheilbare Krankheit in alle Verhältnisse des Lebens eingedrungen, und der Staat würde sich in sich selber aufgerissen haben, wäre nicht am Rande des Verderbens ein Umfang gekommen. Damit aber das zehn Jahre lang von der Ersten Kammer gepflegte Prinzip nicht wieder zur Herrschaft gelange, Preußens Volk nicht abermals in zwei feindliche Heerlager sich spalte und so zerstört werde unter einer von Frankreich ausgehenden großen politischen Kombination, sei es erforderlich, daß das Abgeordnetenhaus den gemachten Vorschlag in Erwägung ziehe und eventl. zum Gesetz erhebe. Die Kommission kann den gestellten Antrag in keiner Weise bestimmen, muß vielmehr denselben entschieden entgegentreten. Dabei glaubt sie es unterlassen zu können und zu müssen, der Petition auf die mit der Hauptfrage in einer wesentlichen Verbindung nicht stehenden Abwege zu folgen, welche hinsichtlich der Großmachtsstellung Preußens und seiner Stellung als Militästaat, bezüglich seiner der Heeresreorganisation, der Armee und des Adels gemacht werden. Sie meint, lediglich den Hauptantrag der Petenten zum Vorwurf ihrer Verathung und Beichlußfassung nehmen zu sollen. In diesem Antrage nun findet sie eine vollständige Verkennung einer obersten verfassungsmäßigen Fundamentalzusage, wie er auch im Art. 62 unserer Verfassung dafin Ausdruck gefunden hat: daß die gegebene Gewalt gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt werden und die Übereinstimmung des Königs und beider Kammern zu jedem Gesetz erforderlich sein solle. Sie ist der Ansicht, daß ein Rütteln an diesem ersten Grundsatz alter verfassungsmäßigen Freiheit, wenn derselbe auch nach der Natur der Menschen und Dinge hier und da Beschwerden im Gefolge haben könnte, das ganze Verfassungsleben an seiner Wurzel alterieren und damit die staatliche Ordnung zu ihrem Eingeschloß führen müsse. Zur Klärung der bedenklichen Konsequenzen, zu denen der von den Petenten gemachte Vorschlag, unter Verkürzung der Rechte der Krone und des Herrenhauses dem Abgeordnetenhaus eine Präpondanz einzuräumen, notwendig führen müßt, glaubt die Kommission lediglich dazu auffordern zu dürfen, sich den Fall umgekehrt zu denken, sich eine Verfassung bestimmt der von den Petenten beantragten Art in ihrer Umkehr zu Gunsten eines der andern beiden Faktoren der Gesetzgebung gegeben, zu vergegenwärtigen. Sie empfiehlt, über die Petition zu einfachen Tagesordnung überzugehen. PB.

vom Festenberg haben, abgesehen von ihren sonstigen Schriften in dieser Sache, jetzt noch das 1. Oberpräsidium der Provinz Posen dringend gebeten, dem baldigen Beginn des Baues von hier aus nach allen Möglichkeiten Vorschub zu leisten, weil u. A. der Bedarf an Steinen für eine größere Strecke von den diesseitigen Feldmarken requirierte werden muß, die Ansicht der letzteren aber erheblich billiger zu stehen käme, wenn sie theilweise wenigstens auf bereits chaufferem Wege geschehen könnte. Wie wir hören, verfolgt man die geplante Chausseebauangelegenheit, namentlich auch in Kalisch, mit großer Aufmerksamkeit; sehr natürlich, da man dann von Kalisch nach Breslau vor drei Stunden früher gelangen wird, als jetzt. Bei der enormen Arbeitslosigkeit, welche mit jedem Tage bedenklicher wird, ist die somit in Aussicht stehende reichliche Gelegenheit zu dauerndem Erwerb sehr willkommen zu heißen. — Einer der Oberpostdirektion zu Posen aus hier aus gemachten Vorstellung, die höchst wünschenswerte direkte Postverbindung mit Breslau oder Posen über Medzibor, Krotoschin einzurichten, ist leider zu allgemeinem Bedauern ein abschlagender Bescheid geworden. Wir müssen daher noch immer zufrieden sein, unsfer Zeitungen und Briefe aus der Ferne viel Stunden später zu erhalten, als es sonst möglich wäre. — Der Mangel an Baumshulen in unserer Gegend hat sich in diesem Jahre wieder recht empfindlich gezeigt, nachdem die große Baumshule des Rendanten Kloß zu Spaltitz bei Oels, welche seit Jahren die bessere Seite hinweg versorgte, diesmal nicht mehr alle Aufträge effektuieren konnte. — Mit der früher hier in ziemlichem Umfang gestarteten Bienenzucht geht es immer mehr bergab.

Angekommene Fremde.

Vom 8. April.

PRIVAT-LOGIS. Lehrer Scheibe aus Gronsko, Schuppenstraße Nr. 6; Prediger Dr. Marx aus Gleiwitz, Schloßstraße Nr. 5; Gutmann aus Nakowitz, Berlinerstraße Nr. 13.

Vom 9. April.

SCHWARZER ADLER. Gutsverwalter Arend aus Zernitz und Kaufmann Tiebler aus Breslau.

Vom 10. April.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Gutsbesitzer v. Normann aus Grzypkow, Rechtsanwalt Ritter aus Wongrowitz, die Lieutenant's Elise aus Thorn und v. Gröning aus Potsdam, Dr. med. Hohn aus Aachen, Orgelbauer Neubauer aus Lissa, die Kaufleute Blad, Saune und Sternberg aus Berlin, Korn aus Mainz, Benz aus Mannstadt, Kroll aus Mühlhausen, Kronheim aus Glogau, Gubel und Levin aus Hamburg.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Oberinspektor Naglo aus Słomno.

Inspektor Schindowski aus Karlowitz und Gutsb. Gamm aus Obrzecko.

HOTEL DU NORD. Landwirth v. Kujlowski aus Jagitzewice und Rechtsanwalt v. Groniakowski aus Grätz.

BAZAR. Frau Gutsprächer Eitner und Gymnasialt Gitter aus Popowiet, Eigentümer Budziński aus Inowraclaw und Kaufmann Gerbel aus Mainz.

HOTEL DE PARIS. Rittergutsb. Boge aus Adlich Ostrowo und Bürger Walter aus Czarnikau.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Witkowski und Königsberger aus Gnesen, Prediger Meinhard aus Czernow, Reichsschullehrer Habu aus Frankfurt und Administrator Laube aus Rosciano.

HOTEL ZUR KRUNE. Frau Gehm aus Ahlbot, die Kaufleute Rojewski aus Czarnikau und Friedenthal aus Krotoschin.

EICHORN'S HOTEL. Die Kaufleute Ehrlich aus Pleschen und Landsberg aus Kosten, beim nächsten Kreistage (d. 16. d.) abgeben wird. Die städtischen Behörden

Provinzielles.

— Adelnau, 8. April, [Chaussee: Post; Baumshulen; Bierwirtschaft.] Die Fortsetzung der Kalisch-Ostrowo, Adelnauer Chaussee über unsere schlesische Nachbarstadt Gosteburg nach Breslau hin bildet noch immer das vorliegende Tagesgespräch, zumal es sehr wahrscheinlich ist, daß die Dammlückung von Adelnau bis zum zweiten Dorfe, Garki, aus notwendigen Gründen ebenfalls schon vorgenommen werden dürfte. Die schlesischen Kreise Polnisch-Wartenberg und Oels legen dem Bau mit Recht eine große Wichtigkeit bei, so daß dem Unternehmen der beste Fortgang in Aussicht gestellt werden kann, obwohl der Oelsler Kreis sein definitives Potum in der Sache erst beim nächsten Kreistage (d. 16. d.) abgeben wird. Die städtischen Behörden

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Meine Lehr- und Erziehungsanstalt

nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registrierung einzuführenden Taxe soll am 12. Juli 1860 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern ihre Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch beim Subhastationsgericht anzumelden.

Nothwendiger Verkauf.

Das im Großherzogthum Posen, Bromberger Regierungsbezirk und dessen Wirtschaftskreise belegene, adelige Gut **Victorians**, ländlichstädtisch abgebaht auf 39,423 Thlr. 22 Sgr. zuholde der, nebst Hypothekenchein in unserem Bureau III. einzuhängenden Taxe soll am 13. Juli 1860 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei uns anzumelden.

Lobsens, den 4. Januar 1860.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

Aufforderung der Konkursgläubiger, wenn nur eine Anmeldungsfrist festgesetzt wird. In dem abgekürzten Konkurs über das Vermögen des Mühlenbetreibers **Wilhelm Heinrich Günther** zu Unruhstadt werden alle Dienstleistungen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgesetzt, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorecht bis zum 5. Mai 1860 einschließlich.

General-Landschafts-Direktion.

Bekanntmachung. Als möglichst gestohlen ist polizeilich in Beichluß genommen:

ein Kaufmannssack von Barts, b. 700 gezeichnet.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Civilsachen, Posen, den 1. November 1859.

Das der Johanna Henriette Przygoda geborene Platsch gebürgte, in Czerwonak sub Nr. 11 belegene Wasermühlen-Grundstück, abgebaht auf 10,787 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. zu folge der, nebst Hypothekenchein in der Registrierung einzuhängenden Taxe, soll

am 12. Juni 1860 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden. Die dem Aufenthalt nach unbekannten Gläubiger, nämlich der Braueigner Heinrich Stock und der Obrist a. D. Ernst Moritz Leopold v. Nahmeyer resp. dessen Erben werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Lissa, den 17. Dezember 1859.

Die dem Apotheker Eduard Anton v. Szostakowski gehörigen, hier selbst sub Nr. 707 u. 708 belegenen Grundstücke, so wie die auf diesen Grundstücken stehende Apothekengerechtigkeit und

die zu dieser gehörigen Zubehörungen, Utensilien, Waaren und Gerätschaften, abgebaht auf 17,201 Thlr. 9 Sgr. 10½ Pf., zu folge der,

Nachlaßmasse soll das in der Stadt Schröda am Markte belegene, mit der Hypothekennummer 3 bezeichnete, aus einem Wohnhause, Stallungen und Speicher bestehende Grundstück im 1. Mai d. J. um 9 Uhr Nachmittags im Bureau des unterzeichneten Notars im Bege

aufgergerichtlicher Liquidation verkauft werden. Kaufkäufer werden nur gegen Niederlegung einer Kaution von 300 Thlr. zum Mithören zu gelassen.

Die Kaufbedingungen können im Bureau des unterzeichneten eingesehen werden.

Schroda, den 24. März 1860.

Rechtsanwalt und Notar

Trampezyński.

Verkauf eines Vorwerks in Verbindung mit einer Mahlmühle.

Wegen eines Todesfalles in der Familie beabsichtige ich, mein Vorwerk nebst Wassermühle, bestehend in c. 900 Morgen Areal, zur Hälfte mit autem Holze bestanden, zur Hälfte aus guten Wiesen, Gersten- und Roggenböden bestehend, sofort aus freier Hand zu verkaufen.

Die Mühle ist von Grund auf neu erbaut, und sind zwei Mahlgänge, ein Franzose und ein Stampf seit Januar d. J. im Betrieb. Zwei andere Gänge im Bau begriffen. Eine Hopfenplantage von 420 Schock, größtentheils neu Anlage, verspricht eine gute Rente. Sämmliche Gebäude sind in bestem baulichen Zustande. Die Chaussee nach Posen durchschneidet das Grundstück, welches 2 Meilen von der märk. Grenze entfernt liegt. Franco Adressen nimmt entgegen und beantwortet sofort.

A. Kutzner, auf Kupferhammer bei Tirschtiegel, Großherzogthum Posen.

Zum Zeichnenunterricht für Lehrlinge

jontäglich von 7—9 Uhr

wieder Theilnehmer gejagt. Näheres

beim Meister

Czarnikow, Wilhelmplatz 12.

Ein Gut in Polen, 2 Std. von der schles.

Grenze mit 3400 Mg. Areal, gutem Boden und

Bauplatz, ist für 70,000 Thlr. zu verkaufen oder

auf ein Gut im Groß. Posen zu vertauschen

durch **A. Geisler** in Breslau, Weiden-

straße Nr. 25.

zusammen 2028 Mrg. 142

□ R. Gartenland

1791 . 2 . Acker, mehr Blät-

180 . 142 . grünen Teile

schwärziger Blätten

und 51 . 115 . Nutzung.

Der Acker wird von der Gutsb. aufgezogen.

Die Verzinsung des Kostenkapitals gegen

bilige Verzinsung des Kostenkapitals drückt.

Zweihundert Morgen sind bereits drainiert.

Zwei Hektar sind durch die Gutsagenten

Blanquart in Krotoschin zu erfahren.

In meinem Pensionat können einige Pen-

ninern aufgenommen werden. Die mi-

anvertrauten Löchter finden mittlerliche Pfle-

ge und treue Förderung in ihrer geistigen Ausbil-

Wiederholte Aufkündigung

zur
Baarzahlung verlooster grossherzogl.
Posener 4 prozentiger Pfandbriefe.

Unter Bezugnahme auf unsere Kundigungs-
Bekanntmachung vom 4. Januar d. J. for-
dern wir die Inhaber der aufgekündigten, bis
jetzt nicht eingelieferten 4 prozentigen Pfand-
briefe:

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.	Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.	Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.	Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
lau- fend	Amor- fend	tisat.	lau- fend	Amor- fend	tisat.	lau- fend	Amor- fend	tisat.	lau- fend	Amor- fend	tisat.
310 1808	Przygrodzice	Adelnau	98 8226	Leżewo	Schrimm	W51 32	3801	Rostworowo	Posen	J 58 34	5397 Skierszewo
24 1345	Psarskie	Schrimm	60 3738	Konarzewo	Posen	J 58 42	3497 Wiatrowo	Posen	W58 42	5371 Wierzonka	
70 4001	Redgoszcz	Wongrowitz	18 5293	Kurowo	Adelnau	W58 66	10289 Siekowo	Kosten	J 58 90	2168 Zalczewo	
58 4884	Spławie	Posen	56 5964	Kosieczyno	Meseritz	70 10293	dito	dito	W58 17	2168 Zalczewo	
28 2915	Wieszkow	Kosten	114 11877	(Kuschtea)	Lewkowo	54 9452	Slawoszewo	Pleschen	dito	E. Ueber 40 Thlr.	
68 676	Zalesie	Kröben	30 5250	Modliszewo	Adelnau	58 142	9333 Sobótka	dito	dito	36 1426 Chrustowo	
			84 5254	dito	Gnesen	58 7324	Siebrnegórki	Wongrowitz	30 3622 Chartowo	Wreschen	
			80 422	Mikołajewice	dito	79 3496	Sulencin	Schroda	102 636	7371 Czerwonawieś (Roth-	
			41 8447	Michałca	dito	25 4768	Sepo wielkie	Kosten	dorf)	Kosten	
			70 2909	Niepart	Kröben	52 4567	Starogród	Krotoschin	40 46	Wongrowitz	
			74 2904	dito	dito	54 4569	dito	dito	33 1668 Dzierzanowo	Krotoschin	
			27 8772	Napachanie	Posen	54 4730	Sapowice	Posen	96 2834 Działan	Gnesen	
			54 1966	Niemczyno	Wongrowitz	92 3375	Trzecimica	Schildberg	111 2849 dito	dito	
			58 1829	Nekla	Schroda	96 3379	dito	dito	66 1681 Kasinowo	Samter	
			59 1431	Ottorowo	Samter	J 56 47	11044 Tarnowo	J 55 228	83 414 Lęka wielka (gross)	Kröben	
			49 8783	Otusz	Buk	58 688	9845 Wronki	J 58 27	490 Owieczki	Pleschen	
			178 11232	Pleszew (Ples- schen)	Pleschen	W58 702	9859	(Wronke)	58 4579 Przybysław	Gnesen	
			198 11252	dito	dito	J 58 30	4407 Węgielskie	Schroda	58 2809 Rynnowo	Wreschen	
			290 4052	Przygodzice	Adelnau	W58 20	5551 Wierzyce	Gnesen	23 1816 Ruszków	Wongrowitz	
			292 4054	dito	dito	W58 113	2867 Weina	Obornik	dito	442 1859 Kązyna (Reisen)	Fraustadt
			42 3379	Putulice	Wongrowitz	32 5076	Węgry II vel	Adelnau	15 1613 Słabowice	Adelnau	
			26 10146	Przytoczna	Schildberg	W58 703	Węgierszczy- zna	dito	27 804 Szymankow	Buk	
			79 1218	Pudliszki	Kröben	W55 124	989 Zytniewo	Kröben	37 1115 Smogorzewo	Pleschen	
			41 8850	Pożarowo	Samter	J 57 45	3797 Żydowo	Posen	59 3380 Wysocko wielkie	Gnesen	
			93 1700	Raczkowo	Adelnau	J 58 127	3674 Witaszycze		widerholten		
			18 11904	Rybów	Wongrowitz	702 9859	Posen, den 1. April 1860.		93 3358 Xiąż	Schrimm	
			18 7975	Rogowo	Kröben	30 4407	Węgielskie		41 3764 Żydowo	Gnesen	
			23 3116	Rostworowo	Posen	W58 703	Wierzyce				
			25 3118	dito	dito	W55 6	2867 Weina				
			56 1268	Gościęzyn	Bomst	W55 113	2867 Weina				
			60 1272	dito	dito	W55 5	2625 Działan				
			43 4535	Górzno	Fraustadt	W55 5	2625 Działan				
			56 3061	Gowarzewo	Kröben	J 52 5	4218 Dręczkowo				
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	J 52 5	4218 Dręczkowo				
			41 3783	Kołaczkowo	Gnesen	J 52 20	3833 Gorastowo	Kosten			
			41 3783	Kołaczkowo	Gnesen	J 52 33	3836 dito	dito			
			56 1268	Gościęzyn	Bomst	J 52 11	2867 Weina				
			60 1272	dito	dito	W55 113	2867 Weina				
			60 1272	dito	dito	W55 5	2625 Działan				
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	J 55 1	4103 Jankowo	dito			
			41 3783	Kołaczkowo	Gnesen	J 55 1	4103 Jankowo	dito			
			41 3783	Kołaczkowo	Gnesen	J 55 1	4103 Jankowo	dito			
			56 1268	Gościęzyn	Bomst	J 55 1	4103 Jankowo	dito			
			60 1272	dito	dito	W55 113	2867 Weina				
			60 1272	dito	dito	W55 5	2625 Działan				
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	J 55 29	4582 Kleparz I.				
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	11 134	4582 Kleparz I.				
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	120 2838 Kuklinowo					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	29 4053 Łutynia					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	32 628 Mierzewo					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	141 3828 Obieziezce					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	151 3687 Osiek					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	84 583 Pudliszki					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	138 681 Pogrzybowo					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	61 3380 Padniewo					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	34 2472 Przystanki					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	28 3102 Radłowo					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	27 3348 Śmielówko					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	61 366 Siedmiorogowo					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	147 2898 Witaszycze					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	206 3327 Wojnowice					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	wiederholten					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	11 134 Kleszczewo					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	120 2838 Kuklinowo					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	29 4053 Łutynia					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	32 628 Mierzewo					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	141 3828 Obieziezce					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	151 3687 Osiek					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	84 583 Pudliszki					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	138 681 Pogrzybowo					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	61 3380 Padniewo					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	34 2472 Przystanki					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	28 3102 Radłowo					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	27 3348 Śmielówko					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	61 366 Siedmiorogowo					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	147 2898 Witaszycze					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	206 3327 Wojnowice					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	wiederholten					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	11 134 Kleszczewo					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	120 2838 Kuklinowo					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	29 4053 Łutynia					
			62 4169	Kakolewo	Fraustadt	32 628 Mierzewo		</			



pro 1860

Pfandbr.-Nr.	Gut.	Kreis.	Verlos.-Nr.	Gut.	Kreis.	Verlos.-Nr.	
Amor.-tisat.			Amar-			tisat.	
35	6306 Mchy (Emchen)	Schrömm	J 59	74	1625 Krosna	Schrömm	W 57
35	291 Młosław	Wreschen	W 57	14	3752 Krzesiny	Posen	J 59
89	4539 Osiek	Kosten	J 58	50	318 Ludomy	Obornik	J 58
21	3515 Przecław	Posen	W 57	36	3336 Lissówka	Posen	dito
35	4704 Piotrowo	Mogilno	J 59	42	587 Lulin	Obornik	W 58
8	15 Słotkowice Gal.	dito	dito	51	1840 Lubrza	Schrömm	dito
	czyn			41	2705 Małpino	Schrömm	J 58
60	3901 Wojnowice	Buk	J 58	15	1425 Ostrowite	Mogilno	dito
80	3921 dito	dito	W 57	12	1631 Ordzno	Pleschen	W 55
60	234 Wilkowiem (Deutsch Wilke)	Fraustadt	dito	22	2855 Ostrowieczno	Schrömm	W 57
7	277 Zerniki	Obornik	W 58	36	2503 Popówko	Obornik	W 56
C. Ueber 200 Thlr.				31	1581 Pieruszycy	Pleschen	W 57
42	1937 Bożejewice	Schrömm	J 59	35	2474 Poklatki	Schrömm	W 55
20	1716 Czojno I.	Schrömm	450	1112 Rydzyna (Reisen)	Fraustadt	J 55	
46	2325 Działyn	Kröben	J 58	14	1877 Rakówka	Schrömm	W 57
57	200 Dąbrowo	Gnesen	J 59	28	3201 Rostow	Posen	W 58
25	2265 Gwiazdowa	Bomst	J 59	32	1888 Rzowow	dito	dito
11	5876 Kaczkowo małe (klein)	Schrömm	dito	44	274 Skórki I. II.	Wongrowitz	J 59
15	3239 Kreszlice	Schrömm	J 54	56	361 Siedmiogórowo	Krotoschin	dito
4	3333 Kamieniec	Gnesen	J 58	32	3581 Świdnica II. (Zedlitz II.)	Fraustadt	dito
19	637 Kowalewo	Pleschen	dito	20	2032 Sadownie	Adelnau	J 58
26	2136 Lubonia	Fraustadt	J 57	28	4436 Sworow	Kröben	W 52
198	1284 Rydzyna (Reisen)	dito	J 59	114	1096 Targowa góra	Schrömm	W 56
15	2402 Strzegowo	Adelnau	dito	23	2831 Wykow	Krotoschin	J 58
18	4312 Świdnica II. (Zedlitz II.)	Fraustadt	W 58	68	630 Wiśniewo	Wongrowitz	J 59
22	2163 Siekierki	Schrömm	dito	92	1036 Wróblewo	Samter	dito
30	4509 Usarzewo	Gnesen	J 58	29	2437 Wilkonice	Kröben	dito
26	527 Węgorzewo	Kosten	W 58	52	499 Węgorzewo	Gnesen	dito
43	2210 Zadory	Kosten	J 57	29	1737 Zakrzewo	dito	W 58
37	278 Zalesie	Kröben	J 59				
D. Ueber 100 Thlr.							
18	5512 Arkuszewo	Gnesen	J 58				
81	150 Czerwonawieś (Rothdorf)	Kosten	J 59				
25	764 Chełkowo i Karmin	dito	J 58				
28	3149 Drzewce stare (Alt-Driebitz)	Fraustadt	dito				
75	2665 Działyn	Gnesen					
24	2339 Gonicki	Wreschen					
50	5108 Gądk	Schrömm					
60	2774 Gościęcęwo	Krotoschin					
24	3793 Jęziszewo	Wongrowitz					
50	2848 Jaworowo	Gnesen					
44	2222 Karniszewo	dito					
120	5205 Kromolice	Krotoschin	J 59				
30	2296 Lubrza	Schrömm	dito				
36	3356 Lubowo	Gnesen	W 58				
15	1807 Losiniec	Wongrowitz	J 59				
32	3074 Mnichy	Birnbaum	W 58				
E. Ueber 40 Thlr.							
77	4235 Borowo	Gnesen	J 59				
102	3932 Bendlewo	Adelnau	dito				
79	1031 Bzowo	Obornik	dito				
14	713 Brzostownia	Gnesen	W 58				
14	5213 Czarnotki	Schrömm	J 59				
48	3833 Czeluścin	Kröben	W 58				
219	5285 Chocieszewice	dito					
17	3114 Czeluścin	Gnesen					
18	3115 dito	dito					
83	4809 Czacz	Kosten	J 59				
107	641 Czerwonawieś (Rothdorf)	dito					
35	1655 Domaslaw mały (klein)	Wongrowitz	dito				
39	1659 dito						
51	4928 Drzągowo	Schrömm					
19	4182 Jankowo	Gnesen	W 58				
47	3686 Kociszewo (Kutschkau)	Meseritz	J 58				
38	3801 Lubowo	Gnesen	W 54				
44	2613 Mszyce	Schrömm	J 58				
80	825 Młosław	Wreschen	dito				
53	1976 Niechlód (Nichelin)	Fraustadt	dito				
57	3946 Ocieszyn	Obornik	W 58				
28	2271 Osiek	Adelnau	J 59				
24	2280 Pieruszycy	Pleschen	J 58				
31	5489 Psarskie	Schrömm	J 57				
416	1833 Rydzyna (Reisen)	Fraustadt	W 56				
25	2597 Rokitnica	Gnesen	J 58				
36	2670 Siekierki	Schrömm	W 58				
28	2980 Strzyżewko	Gnesen	J 58				
	smykowe						
81	596 Siemianice	Schildberg	W 58				
30	5323 Sarbia	Samter					
34	2676 Strychowo	Gnesen					
41	1119 Smogorzewo	Kröben					
121	145 Stoleżyn	Wongrowitz					
135	159 dito	dito					
22	3598 Wykow	Krotoschin	J 58				
41	1105 Węgorzewo	Gnesen	J 59				
10	817 Zerniki	Obornik	W 57				
F. Ueber 20 Thlr.							
2122 Czerlin	Wongrowitz						
77	477 Chwałkowo	Gnesen	J 58				
80	2307 Daleszyn	Schrömm	J 59				
102	2392 Grzybowo	Gnesen	J 59				
	Chrzawowice						
40	2220 Gowarzewo	Schrömm	J 58				
26	1354 Goniembice	Fraustadt	J 56				
50	76 Grzymisławice	Wreschen	W 57				
172	3276 Gorastowo	Kosten	dito				
38	3637 Glinno	Wongrowitz	W 58				
32	2978 Jaroszewo	dito	J 59				
60	3949 Kazmierz	Samter	J 56				
11	2480 Koninko	dito	W 57				
G. Ueber 200 Thlr.							
77	477 Chwałkowo	Wongrowitz	J 58				
80	2307 Daleszyn	Gnesen	J 59				
102	2392 Grzybowo	Schrömm	J 59				
	Chrzawowice						
41	2122 Czerlin	Schrömm	J 58				
77	477 Chwałkowo	Gnesen	J 59				
80	2307 Daleszyn	Schrömm	J 58				
102	2392 Grzybowo	Gnesen	J 59				
	Chrzawowice						
40	2220 Gowarzewo	Schrömm	J 58				
26	1354 Goniembice	Fraustadt	J 56				
50	76 Grzymisławice	Wreschen	W 57				
172	3276 Gorastowo	Kosten	dito				
38	3637 Glinno	Wongrowitz	W 58				
32	2978 Jaroszewo	dito	J 59				
60	3949 Kazmierz	Samter	J 56				
11	2480 Koninko	dito	W 57				
Gut.	Kreis.	Gut.	Kreis.	Gut.	Kreis.	Gut.	Kreis.

Laut meines
dieter Zeitung
Nr. 81
vom 4. April
d. J.

2. Beilage
0795

offerre ich von erprobter Keimkraft und Echtheit zu geneigter Abnahme **Pohl's Riesen-Futterunkelrüben- und echten Samen** weiß, grün, opfigen groß, englischen, süßen Dauer-, Es- und Futter. Niesenwurzel-Möhren, eigener 1859er Ernte, so wie alle Arten Gemüsesamen zur Frühbeet, resp. Mistbeetreiberei und für's freie Land, Blumen- und ökonomische Futter- und Grasamen, insbesondere der Futter-Turnips- und in der Erde wachsende Nutzkräben-Spezies, Möhren.